

Glanz und Elend der deutschen Geschichte

Schlüsselergebnisse von 1989 bis 2017

Band 10

Das Märchen von Souveränität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ...

Band 10/131

Die Neue Weltordnung des US-Imperiums, Teil 7

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 28. Februar 2013 (x892/...): >>Wie die EU die moralischen Grundlagen der Staaten zerstört

Um ihre freimaurerische Politik der Entchristlichung Europas und der Auslöschung aller naturrechtlichen Fundamente, auf denen die europäischen Staaten einst gegründet wurden, durchzusetzen, ist den Eurokraten jedes Mittel recht. Ein aktuelles Beispiel ist die Durchsetzung der naturrechtswidrigen künstlichen Befruchtung in Polen, wobei die Freigabe der Abtreibung und die Gleichstellung widernatürlicher Partnerschaften mit der Ehe folgen werden. Auf dem EU-Gipfel in Brüssel Anfang dieses Monats wurde Polen 107 Milliarden Euro zugesprochen. Der liberale Regierungschef Polens, Donald Tusk sagte freudig: "Polen ist der größte Nutznießer der EU", allerdings will die EU Gegenleistungen sehen.

Zu diesen Gegenleistungen gehören an erster Stelle die Legalisierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften und ihre rechtliche Gleichstellung mit der Ehe. Der strenge Schutz, den ungeborene Kinder in Polen derzeit noch genießen, soll ebenfalls beseitigt werden und ein EU-Standardabtreibungsgesetz durchgesetzt werden. Man wird in den kommenden Jahren sehen, wie derartige Unrechtsgesetze in Polen durchgesetzt werden.

Gegenwärtig macht die EU massiven Druck um Polen zu zwingen, bis Ende März die EU-Richtlinien zur sogenannten In-Vitro-Fertilisation durchzusetzen, also zur künstlichen Befruchtung auch für nicht-verheiratete Paare. In einem Schreiben der EU-Kommission an Polen wird mit einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof gedroht, wenn dies nicht bis Ende März durchgesetzt wird.

Da auf legalem parlamentarischem Weg ein solches Gesetz in Polen nicht durchsetzbar ist, hat der treue Knecht der EU-Bonzen, Regierungschef Tusk Maßnahmen eingeleitet, um ein solches Gesetz am Parlament vorbei durchzusetzen: Die Regierung fördert mit finanziellen Zuschüssen die künstliche Befruchtung, die eigentlich in Polen verboten ist. Ab 1. Juli können Paare (ob verheiratet oder nicht), die unter 40 Jahre alt sind, bis zu drei Versuche zur künstlichen Befruchtung vom Staat finanziert bekommen. Illegales Verhalten wird so vom Staat bezahlt. Ein Beispiel für Demokratie in Europa.

Die Oppositionsparteien und selbst der Koalitionspartner von Tusk' liberaler Partei sind nicht mit diesem Vorgehen einverstanden. Insbesondere die katholische Kirche protestiert deutlich. Ein Sprecher der polnischen Bischofskonferenz nannte die Diskussion um die künstliche Befruchtung "unsachlich, manipuliert und politisiert", womit er sicher noch deutlich untertrieb. "Wir erleben einen weiteren Versuch der Regierung, ethische Kriterien durch Zwang zu vermeiden" sagte der Sprecher der Bischofskonferenz.

In Europa sind allerdings solche Vorgehensweisen schon länger an der Tagesordnung. Die

Rede von einer Eurodiktatur ist gewiß keine Untertreibung, sondern alltägliche Realität. Die Durchsetzung des Gender Mainstreaming in alle Politikbereiche in Deutschland ist nur eines der vielen Beispiele, wie an den Parlamenten vorbei krankhafte und naturrechtswidrige Verordnungen und Gesetze durchgesetzt werden.

Die Eurokraten kaufen sich die Regierungschefs mit hohen Geldzuweisungen, stützen deren Macht und bekommen dafür als Gegenleistung die Durchsetzung der EU-Agenda zur Zerstörung der europäischen Grundwerte und des Naturrechts.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. März 2013 (x887/...):

>>**Demokratie in Gefahr**

Französischer Ex-Minister warnt davor, daß Regierungen bald nur noch Marionetten seien
"Jours de Pouvoir" ("Tage der Macht") hat der ehemalige französische Landwirtschaftsminister Bruno Le Maire seinen Einblick hinter die Kulissen der Präsidentschaft von Nicolas Sarkozy genannt. Anders als der Buchtitel suggeriert, scheint sich während der Präsidentschaft Sarkozys zunehmend ein Gefühl der Ohnmacht breitgemacht zu haben. Kaschiert durch den Pomp des französischen Staatsapparats wurde der Öffentlichkeit das Bild eines kompetenten und machtvollen Präsidenten serviert - Sarkozy selbst sah sich allerdings zunehmend als Getriebener: "Unser Schicksal entgleitet uns, es liegt nun allein in den Händen der deutschen Kanzlerin und des Präsidenten der EZB", gibt Le Maire die Stimmung wieder, die sich an der Spitze Frankreichs im Laufe der Euro-Krise breitgemacht hatte.

Hierbei plaudert Le Maire in interessantes Detail aus: Im November 2011 war Sarkozy mit der konkreten Frage beschäftigt, wo sich Banknoten für die Wiedereinführung des französischen Franc beschaffen lassen, denn man befürchtete den Zusammenbruch des Euro. Gegenüber der Öffentlichkeit hatte Sarkozy allerdings genau diese Gefahr energisch bestritten. Die Täuschung der Öffentlichkeit ist nicht die einzige beklemmende Botschaft, die Le Maire im Rückblick auf seine dreijährige Amtszeit unter Sarkozy liefert.

Der Ex-Minister fürchtet nichts anderes, als den kommenden Zusammenbruch der parlamentarischen Demokratie. "Die Regierung hält nicht mehr alle Fäden des Kapitalismus in der Hand, höchstens noch einen oder zwei, und wenn sie nicht achtgibt, so ist sie morgen selbst die Marionette und der Kapitalismus die Hand. Der Tag wird kommen, an dem Unternehmen, ausländische Firmenchefs, Pensionsfonds und Investoren uns sagen, 'Macht!', und wir gehorchen", so die düstere Warnung Le Maires.

Nicht gerade zur Entkräftung derartiger Befürchtungen trägt eine Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der Linken-Fraktion bei, die nun bekannt geworden ist. Befragt nach Kontakten zu Vertretern von Banken und der Finanzbranche mußte die Regierung eine erstaunlich hohe Anzahl von Gesprächen einräumen. Geht man von der Häufigkeit der Kontakte aus, dann scheint ausgerechnet die höchst umstrittene Investmentbank Goldman Sachs der wichtigste Ansprechpartner der Bundesregierung in der Bankenwelt zu sein. An Beschlüssen der Regierung seien die Banker "nicht beteiligt gewesen", so der Versuch, die Bedeutung der Treffen - die auch mit Vertretern von Commerzbank und Deutscher Bank stattgefunden haben - herunterzuspielen.

Erklärungsbedürftig bleibt die hohe Zahl von Treffen zu Goldman Sachs trotzdem. Nicht allzu lange ist es her, daß die Bank etwa in der Kritik stand, Griechenland bei seinen Tricksereien zur Verschleierung der Staatsverschuldung behilflich gewesen zu sein und damit den griechischen Euro-Beitritt erst möglich gemacht zu haben.

Heftige Kritik an den zahlreichen Kontakten der deutschen Regierung zu Bankenvertretern kommt von der Vorsitzenden von "Transparency International Deutschland", Edda Müller: "Wir würden gern wissen, wie oft sich Spitzenvertreter der Bundesregierung mit Verbraucherschützern oder Financewatch getroffen haben", so Müller im "Handelsblatt". Offen bleibt einstweilen, worüber bei den zahlreichen Treffen von Regierungsvertretern mit den Bankern

gesprochen wurde.

Kaum Zweifel über die Absichten sind allerdings beim jüngsten Vorstoß des EU-Ratspräsidenten Herman Van Rompuy möglich. In einem Positionspapier fordert Van Rompuy ganz offen, die nationalen Parlamente weiter zu entmachten. Sie würden nicht im Interesse der EU handeln und müßten deshalb in ihrer Bedeutung zurückgedrängt werden, so Van Rompuy. Beileibe nicht die erste Kampfansage an die Demokratie, die in den etablierten Medien kaum erwähnt wird.

Bereits im vergangenen Jahr hat der inzwischen von den Wählern massiv abgestrafte Ex-Premier Italiens, Mario Monti, ebenfalls die Entmachtung nationaler Parlamente gefordert. Monti - ehemaliger EU-Kommissar, langjähriger Berater von Goldman Sachs und hochrangiger "Bilderberger" - verstieg sich sogar zu der Forderung, die Regierungen hätten die Pflicht, die Parlamente zu "erziehen".

An derartigen Forderungen wird vor allem eines deutlich: In Brüssel scheint man keine Chance zu sehen, auf demokratischem Wege das Projekt "Europäische Integration" zu erreichen. Der Versuch der Entmachtung von Parlamenten - bei kaum vorhandener eigener demokratischer Legitimation der EU - bedeutet allerdings de facto nichts anderes, als eine neue Form einer Diktatur.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 23. März 2013 (x887/...):

>>**Spitzenjournalisten auf Linie**

Studie untersuchte, was Medienmacher antreibt und deckte heikle Verbindungen auf

Die Medien gelten als vierte Gewalt im Staat. Starke Zweifel an der Funktion von Medien als Kontrollinstanz der Macht kann allerdings eine Studie wecken, die an der Universität Leipzig erstellt wurde. Brisanter Inhalt der auch unter dem Titel "Meinungsmacht" in Buchform erschienene Analyse des Medienwissenschaftlers Uwe Krüger: die Einbindung deutscher Spitzenjournalisten in Machtzirkel der Eliten.

Für die Untersuchung wurde die soziale Umgebung von 219 leitenden Redakteuren führender deutscher Medien unter die Lupe genommen. Das Ergebnis: Ein Drittel der Redakteure unterhielt - außerhalb ihrer direkten journalistischen Aufgaben - informelle Kontakte zu Machtzirkeln der Politik- und Wirtschaftseliten in Deutschland. Konkret waren 64 Journalisten häufig in Organisationen wie der "Atlantik-Brücke", der Münchner Sicherheitskonferenz, der Trilateralen Kommission und der Bilderberger anzutreffen.

Nicht um berufliche Pflichten wie Recherchen oder Interviews zu verfolgen, sondern eher als Teilnehmer der Treffen. Vom neutralen Beobachter sind die Journalisten quasi ins Lager der politischen Akteure gewechselt. Problematisch ist dabei nicht nur, daß dieser Seitenwechsel den Medienkonsumenten nicht mitgeteilt wird, sondern daß dies auch einen nachweisbaren Einfluß auf die Berichterstattung hat.

Ausgerechnet vier leitende Außenpolitik-Journalisten der deutschlandweit führenden Printmedien - "Frankfurter Allgemeine Zeitung", "Süddeutsche Zeitung", "Die Welt" und "Die Zeit" - waren alle im selben US- und Nato-affinen Elitenmilieu unterwegs. Nicht nur das:

Bei scheinbar politisch so grundverschiedenen ausgerichteten Zeitungen sollten eigentlich weit voneinander abweichende Meinungsbilder zu erwarten sein, doch das Gegenteil war der Fall. Wenn es um Themen wie Außen- und Sicherheitspolitik, die Nato oder den Afghanistan-Krieg ging, konnte der Medienwissenschaftler einen auffallenden Gleichklang von Journalisten wie Michael Stürmer ("Welt"), Klaus-Dieter Frankenberger ("FAZ"), Stefan Kornelius ("SZ") und Josef Joffe ("Die Zeit") nachweisen.

Konkret festgemacht wurde dies am sogenannten "erweiterten Sicherheitsbegriff", für den symbolhaft die umstrittene Aussage des ehemaligen Verteidigungsministers Peter Struck (SPD) stehen kann: "Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt." Während die Mehrheit der Bevölkerung mit diesem stark ausgeweiteten Begriff von Verteidigungspolitik ein

Problem hat, herrschte in der untersuchten Berichterstattung der vier Spitzenjournalisten die - stark an die USA angelehnte - Sichtweise von Sicherheitspolitik vor. Naheliegend ist die Erklärung, daß sich eine erstaunliche Zahl von Journalisten direkt von sicherheitspolitischen Eliten beeinflussen läßt - im Klartext, "einspannen" läßt.

Der Medienwissenschaftler Krüger hält aber noch eine andere Deutung für möglich. "Journalisten mit Eliten-kompatiblen Meinungen haben bessere Chancen, Karriere zu machen, denn sie können im eigenen Haus und in der Branche mit exklusiven Informationen und hochrangigen Interviewpartnern punkten."

Problematisch sei aber, daß diese Verbundenheit der Journalisten mit Machtzirkeln in der Berichterstattung nicht transparent gemacht wird. Zumindest im Regelfall. Beim Springer Verlag werden Redakteure ganz offen mit Hilfe von Unternehmensgrundsätzen, die in den Arbeitsverträgen enthalten sind, unter anderem auf die "Unterstützung des transatlantischen Bündnisses" verpflichtet. Unverblümt ist auch die Parteinahme, auf die Krüger im Zuge seiner Untersuchung beim ZDF gestoßen ist. Im Präsidium der "Deutschen Atlantischen Gesellschaft", einer Organisation, die Lobbyarbeit für die Nato betreibt, war ein Außenpolitik-Ressortleiter des Fernsehsenders aktiv. Scheinbar ebenso wenig Wert auf den Anschein journalistischer Neutralität legte ein ZDF-Hauptstadtstudioleiter. Er saß im Beirat der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, einer Einrichtung der Bundesregierung.<<

Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 1. April 2013 (x893/...): >>Ich war Freimaurer - Das zerstörerische Wirken der Logenbrüder: Der Papst ist Feind Nr. 1

(Paris) Der französische Arzt und Buchautor Maurice Caillet, ein ehemaliger Freimaurer und Meister vom Stuhl, der sich zum Christentum bekehrte, gab am 20. Februar dem Internetradio *Culturacattolica.it* ein Interview über die Freimaurerei, deren subversives Wirken und seine Bekehrung.

Caillet, Sohn atheistischer Eltern und von Jugend an erklärter Kirchenfeind, wurde 1969 im Alter von 35 Jahren in Rennes in eine Loge des *Grande Orient de France* aufgenommen. Eine der ältesten und mächtigsten Logen. Er brachte es dort bis zum 18. Grad der Rosenkreuzer. Er hatte damit Zugang zu den höheren Graden des Schottischen Ritus, die den meisten Logenbrüdern der niederen Grade unbekannt sind. Caillet interessierte sich für Okkultismus, Weiße Magie und Radiästhesie.

Er gehörte in den 70er Jahren zu den französischen Pionieren der Familienplanung, und setzte sich für die Verbreitung von künstlichen Verhütungsmitteln und die Legalisierung der Tötung ungeborener Kinder ein. Als Mitglied der Sozialistischen Partei und Freund von Staatspräsident Mitterrand konnte er als Stuhlmeister seiner Loge nach dessen Wahl ein explosionsartiges Interesse an Logenmitgliedschaften erleben. Ebenso konnte der aufstrebende Meister den Einfluß der Logenbrüder in Politik, Medien, Wirtschaft und öffentlichem Dienst aus nächster Nähe erleben.

1984 begleitete er seine kranke Frau nach Lourdes, wo sein Leben eine radikale Wendung nahm. Als er dort erstmals in seinem Leben einer Heiligen Messe beiwohnte, hörte er eine "sanfte Stimme, die mich rief, und die weder die Stimme meines Gewissens noch eine äußere Stimme war. Die Stimme rief mich bei meinem Namen und sagte zu mir: Es ist gut, daß du mich um die Heilung deiner Frau bittest. Aber was hast du mir zu bieten?" In diesem Augenblick bot er sich selbst an. "Es war alles, was ich zu bieten hatte. Nicht wenig für einen Atheisten, der 40 Jahre lang ein Kirchen- und Priesterhasser war", so Caillet in einem seiner Bücher über das Ereignis, das am Beginn seiner Bekehrung stand.

Heute ist er Ehrenmitglied der *Alliance Vita*, die sich für den Schutz des ungeborenen Lebens einsetzt. Caillet engagiert sich heute auch aktiv gegen Ehescheidung, Homo-Ehe, die Drogenfreigabe und die Euthanasie, da es "die perfekte Ordnung Gottes zu verteidigen, gegen die

Pläne der zerstörerischen Freimaurerei".

Caillets Bücher sind in Französisch, Italienisch, Spanisch, Portugiesisch und Polnisch erschienen. In deutscher Übersetzung liegen sie nicht vor. Zum Thema Freimaurerei verfaßte er unter anderem: *Das Geheimnis der Logen im Lichte Christi* (1998), *Hedonismus und Christentum* (2001), *Gott ist nichts unmöglich. Die Gabe der Heilung* (2002), *Die Freimaurerei: Sünde wider den Geist?* (2002), *Okkultismus und Christentum. Unterscheidungshilfen* (2005), *Katholik und Freimaurer: ist das möglich?* (2008)

Was ist die Freimaurerei?

Maurice Caillet: Die Freimaurerei ist nebulös. Die Leute treten ihr aus den unterschiedlichsten Motiven bei, so wie der Zweck ihres Beitritts vielfältig ist. Was behauptet sie von sich selbst? Offiziell das Gute zu wollen und die Menschheit zu bessern. Die menschliche Vernunft mit ihren Projektionen und ihren Rechtfertigungen ist eine Art von Gottheit für die Freimaurer.

Wie entstand sie?

Maurice Caillet: Der Mythos will, daß die spekulative Freimaurerei im 18. Jahrhundert durch eine Weiterentwicklung aus der sogenannten "operativen" Freimaurerei entsteht. Der Mythos will (aber es gibt verschiedene), daß die moderne Freimaurerei der Erbe der mittelalterlichen Baumeister der Kathedralen ist. Deshalb behaupten die Freimaurer, von der Erbauung von Gebäuden zur "Erbauung der Welt" übergegangen zu sein. Und zwar durch Ideen, nicht praktisch.

Ist es wahr, daß die Freimaurerei mit dem Judentum verbunden ist?

Maurice Caillet: Das hängt davon ab. Es ist nicht leicht, das zu sagen. Es ist wahr, daß im Inneren der Logen eine gewisse "Kompatibilität" besteht zwischen der jüdisch-hebräischen Ideologie, die eine völlig himmlische Hoffnung und der freimaurerischen Ideologie, die eine völlig irdische Hoffnung vertritt. Für die Christen ist das anders.

In Wirklichkeit, das ist zu betonen, kommt der ideologische Impuls der Freimaurerei vom Naturalismus, von der Naturrechtsphilosophie, vom Nominalismus und auch vom Protestantismus. Wahr ist, daß die Freimaurerei auf die Durchsetzung einer Universalreligion abzielt, das Judentum eines universalen Gottes. Auch in dieser Hinsicht gibt es eine gewisse Kompatibilität.

Wie kann man einen Freimaurer erkennen? Stimmt es, daß es untereinander Erkennungszeichen gibt?

Maurice Caillet: Ja, es gibt Zeichen. Es ist aber auch wahr, daß es eine Geheimhaltungspflicht gibt. Deshalb ist man sehr vorsichtig, diese Zeichen gegenüber Unbekannten zu gebrauchen. Ich zum Beispiel erfuhr öfter, daß jemand Freimaurer ist, weil er es mir sagte, als durch seltsame Erkennungsgesten.

Wie haben Sie die Freimaurerei verlassen?

Maurice Caillet: 1984. Ich war mit meiner schwerkranken Frau in Lourdes. Da ich nicht mit ihr in die Becken konnte, ging ich zufällig in eine Krypta. Dort wohnte ich zum ersten Mal in meinem Leben einer Heiligen Messe bei. Und ich hörte mich plötzlich persönlich von Christus gerufen. Darauf - noch heute kann ich mir selbst diese Momente kaum erklären - ging ich nach der Messe zum Pfarrer und bat ihn um die Taufe.

Wie reagierte die Loge, der Sie angehörten, auf Ihre Bekehrung?

Maurice Caillet: Als ich es in der Versammlung ankündigte (eine solche findet in jeder Loge alle 15 Tage statt), ... sehr schlecht, wirklich sehr schlecht. Niemand schaute mich mehr an. Sie wußten nicht, was sie sagen sollten. Da habe ich die "Toleranz" kennengelernt, die sich die Freimaurerei so groß auf ihre Fahnen geschrieben hat, die sie ständig vor sich herträgt. Für die Katholiken gilt sie nicht. Aber ich hatte mir das schon erwartet: Der Papst ist der Feind Nummer Eins der Freimaurer.

Gibt es in Frankreich Katholiken, die Freimaurer sind?

Maurice Caillet: Ja, es gibt Katholiken, die Freimaurer werden ...

Auch Priester und Bischöfe?

Maurice Caillet: Ob es freimaurerische Bischöfe gibt, weiß ich nicht mit Sicherheit. Ich weiß aber, daß es Bischöfe gibt, die - man möge mir den Ausdruck nachsehen - mit der Freimaurerei flirten und sich im Gespräch mit ihr befinden. Ich verstehe nicht, was die Absicht, was das Ziel dabei sein soll ...

Welches sind die Dinge, denen die Freimaurerei am meisten Aufmerksamkeit schenkt?

Maurice Caillet: Die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Vor allem zu den Themen, die die Freimaurerei auf politischer Ebene voranträgt und die sie für wichtig für ihre Pläne hält. Die Abtreibung: damals, als das Gesetz diskutiert wurde, wurde enormer Druck auf die Medien ausgeübt, um die Meinung der Massen zu lenken, aber noch mehr Druck wurde auf die Politiker der Rechten ausgeübt, die sich 1974 dann tatsächlich nicht mit Entschiedenheit widersetzen, sodaß das Gesetz ohne Probleme durchging.

Heute sind die Themen: Homo-Ehe, Relativismus, Libertinage, Verhütungsmittel, Scheidung, Hedonismus, Genußsucht, die Ablehnung des Leidens.

Der Mensch muß frei sein, sich dem Genuß hinzugeben. Das ist die Besserung der Menschheit, auf die die Freimaurerei abzielt.

Welche Rolle spielen Okkultismus, Esoterik, Magie?

Maurice Caillet: Die Freimaurerei würde ohne Esoterik nicht existieren, sie ist eine Form von Esoterik.

Und ihre Rituale haben alle mit Magie zu tun, mit der Beschwörung obskurer Kräfte, von der Initiation angefangen.

Das Motto der Freimaurerei lautet *liberté, égalité, fraternité*, es dürfte Ihnen bekannt vorkommen. Die Interpretation dieses Mottos ist aber nichts anderes, als eine Form der Nachäufung des Christentums.

Damals schon fragte ich mich manchmal, ob der Teufel in der Freimaurerei gegenwärtig ist. Ja, er ist es. Ich selbst habe im Augenblick, als ich aussteigen wollte, diese Gegenwart gespürt.

Kann es zwischen Katholiken und Freimaurern Versöhnung geben?

Maurice Caillet: Es ist schwierig. Noch schwerwiegender aber ist, daß sich die Katholiken nicht genau im Klaren sind, warum für sie die Mitgliedschaft bei den Freimaurern eine schwere Sünde ist. Viele wissen es einfach nicht. Viele sagen, daß sich die Kirche seit 1983 nicht mehr geäußert hat und daß die Exkommunikation aufgehoben worden sei. Es herrscht keine Klarheit.

Akzeptiert die Freimaurerei auch Atheisten?

Maurice Caillet: Das kommt darauf an: Der Großorient von Frankreich in der Theorie ja. Die Nationale Großloge von Frankreich in der Theorie nein. Aber auch dort, wo dieser Große Baumeister aller Welten gilt oder wo irgendeine Form von Glauben an Gott gefordert wird, spielt Gott in Wirklichkeit keine Rolle. Deismus vielleicht.

Man spricht in der Freimaurerei von "Niederer Graden" und "Hochgraden", aber auch von einer ausgeprägten Gleichheit unter den Logenbrüdern. Wie sieht es wirklich aus?

Maurice Caillet: Es ist sehr kompliziert. Der Großteil derer, die in die Freimaurerei eintreten, hat nicht die geringste Vorstellung davon, was sie wirklich ist. Sie wissen einfach nicht, in was sie sich hineinstürzen.

Die Freimaurerei unterteilt die Menschheit in zwei Gruppen: die Initiierten, also die Wissenden und die Unwissenden. In Freimaurer und Nicht-Freimaurer.

Wer aber den Niedergraden, vor allem den drei ersten Graden angehört, hat nicht die geringste Idee von dem, was in den Hochgraden geschieht.

Ein Lehrling weiß nicht, was die Gesellen tun, die Gesellen wissen nicht, was die Meister tun. Deshalb sind jene, die den niederen Graden angehören, nicht viel mehr als Instrumente für die Oberen. Was geschieht in den "Ateliers de perfectionnement"? Ein Lehrling weiß es nicht.

Was geschieht in der "Blauen Loge", in der "Johannesloge", in der "Grundloge". Nur wenige wissen, was geschieht. Der Unterschied aber ist enorm.

Ich hatte es bis zum 18. Grad geschafft. Von den Hochgraden weiß ich, daß vom 30. Grad verlangt wird, die "Tiara der Päpste" mit den Füßen zu treten.

Der Papst ist der Feind Nummer Eins. Das weiß in Wirklichkeit jeder, auch jene, die es nicht sagen. Die katholische Kirche ist universal, hat einen Papst, der die Integrität des Glaubens verteidigt. Eines Glaubens, der sich "der Welt widersetzt". Die Katholische Kirche ist der Feind der Freimaurerei.

Wird für die freimaurerischen Riten der Anspruch auf Wissenschaftlichkeit erhoben?

Maurice Caillet: Ich war Chirurg, ein Arzt, und ich kann sagen, daß vom wissenschaftlichen Standpunkt die freimaurerischen Riten einfach nur absurd sind.

Wie eng ist die Verbindung Freimaurerei-Politik?

Maurice Caillet: Seit dem Zweiten Weltkrieg haben wir in Frankreich mindestens 50 Minister gehabt, die dem Großorient angehörten. Die derzeitige sozialistische Regierung zum Beispiel ist freimaurerisch, sehr sogar.

Wir leben in einer Gesellschaft, die auf einer freimaurerischen, laizistischen Grundlage beruht, der eine oder andere erleuchtete Intellektuelle schlägt vor, Weihnachten in ein "Fest der Freiheit" oder ein "Fest der Kinder" umzuwandeln. Die Freimaurerei steckt auch hinter solchen Plänen? Oh ja. So wie sie zu meinen Zeiten hinter den Plänen zur Legalisierung der Abtreibung steckte. Ich selbst habe Abtreibungen in der Bretagne durchgeführt. Ich war sogar der erste dort und trug dazu bei, dieses Modell von "Fortschritt und Toleranz" zu verbreiten. Und heute sind die Themen jene, die wir jeden Tag sehen.

Stimmt es, daß Sie für die Bekehrung der Freimaurer beten?

Maurice Caillet: Jeden Tag. Viele Freimaurer sind Männer, die sich verirrt haben. Sie haben sich auf der Suche nach Antworten über das Leben und ihr Schicksal verirrt. Sie wissen nichts von Jesus. In Frankreich wissen heute nur mehr wenige etwas von Jesus, so wie ich nichts von ihm wußte, und so wie ich landen viele in den Logen. Für sie bete ich.

Übersetzung: Giuseppe Nardi<<

Kontakt: Mysteries, Postfach, CH-4002 Basel, ... www.mysteries-magazin.com ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 16. November 2013 (x887/...): >>>**Mehr Kredit!**

Was Hollande schon wieder falsch gemacht hat, warum wir mehr Schulden machen sollen, und wozu wir fleißig bleiben müssen

Im Kino lachen wir uns schlapp über Typen, denen einfach alles schiefgeht. Die morgens nicht mal das Bett zu verlassen brauchen, ohne daß die erste kleine Katastrophe über sie hereinbricht.

Erinnern Sie sich noch an das Filmchen "Das Bild hängt schief" von Loriot? Der sagenhafte Komödiant, kostümiert wie ein Vertreter, wartet in einem fremden Wohnzimmer auf einen Gesprächstermin, als er an der Wand ein schief hängendes Bildchen erblickt. Er versucht es gerade zu rücken, stößt dabei etwas um, will das wieder aufrichten, kommt dabei gegen etwas anderes und so weiter. Am Schluß hat der redlich bemühte Schussel den gesamten Salon in Trümmer gelegt.

Loriot ist leider tot, für eine Wiederverfilmung müßten wir die Rolle neu besetzen. Mein unumstrittener Favorit ist Frankreichs Präsident François Hollande, der, wenn er so weiter macht, ohnehin bald eine neue Stelle benötigen dürfte. Alles, was der anfaßt, fällt ihm auf die Füße. Wirklich alles.

Um endlich mal etwas richtig zu machen, hat sich der glücklose Sozialist etwas ausgedacht, das dermaßen unverfänglich und zeitgeistgerecht zu sein schien, daß es gar nicht in die Hose gehen könne, dachte er.

Der Pariser "Pantheon" ist die Ruhmeshalle der Franzosen, in der sie die Leichen der größten und wichtigsten Landsleute aufbewahren, derzeit sind es 74. Darunter aber nur zwei Frauen: Die eine ist die Atomwissenschaftlerin Marie Curie und die andere liegt da bloß, weil ihr Mann nicht ohne sie begraben sein wollte.

Also eine weitere Frau, dachte sich Hollande, und sogleich sickerte auch eine Idee durch: Die Pionierin der Frauenbewegung, Olympe de Gouges (1748-1793). Madame de Gouges prägte im Jahre 1790 den denkwürdigen Satz: "Die Frau hat das Recht, aufs Schafott zu steigen; sie muß ebenso das Recht haben, eine Rednerbühne zu besteigen."

Rums, da war er in der Weltgeschichte, und ging auch nie wieder weg: der Anspruch der Frau auf politische Mitwirkung. Ist doch keine Frage, daß so eine Vorkämpferin zu den ganz Großen der Nation zählt. Dachte sich vielleicht auch Hollande, doch er dachte falsch: 1793 waren es die Linken unter dem Blutsäufer Robespierre, die Olympe de Gouges auf dem Schafott ermordeten, weil die Dame nämlich nicht nur Frauenrechtlerin, sondern auch überzeugte Monarchistin war.

Das bringt Hollandes linke Genossen auf die Palme und gegen den armen Präsidenten in Stellung: Eine Monarchistin und Kritikerin der Revolution? Niemals! Da hätten sie wahrscheinlich lieber ihren Mörder Robespierre im Pantheon.

Das Pech klebt an ihm: Hollande kann machen, was er möchte. Selbst die Huldigung für eine Frauenrechtlerin gerät in seinen Händen zum Desaster für sich und seine Gesinnungsfreunde. Über ihn selbst ist abermals bewiesen, wie unfähig er ist. Und seine Genossen haben ein selten scheußliches Zeugnis ihrer Verbohrtheit, ihrer Rachsucht und ihrer historischen Unbelehrbarkeit abgeliefert. Ein rundum jammervolles Bild.

In solchen Situationen empfiehlt das Handbuch für den mäßig begabten Politiker-Darsteller, den Unmut des genervten Publikums auf etwas anders zu lenken und ihm einen Buhmann zu basteln, damit man selbst aus der Schußlinie von Wut und Spott herauskommt.

Ein Buhmann also. Wie wär's mit Deutschland? Das zieht immer. Dabei muß Hollande das nicht einmal selber machen, Brüssel reicht seine hilfreiche Hand.

Seit dieser Woche sitzt die EU-Kommission über Germanien zu Gericht. Was man uns vorwirft, wird seit langem schon bemäkelt: Wir exportieren zu viel und importieren von unseren europäischen Freunden zu wenig. Dafür erwägt Brüssel nun ernsthaft, Deutschland mit einer Milliarden-Strafe zu belegen.

Deutschland soll die Steuern und Sozialabgaben senken, die Löhne erhöhen und viel mehr Geld für Infrastruktur ausgeben, um damit die Binnennachfrage anzukurbeln, so die EU-Forderung. Wie "Deutschland" die Löhne anheben soll, wissen wir nicht recht. Kommt nach dem Mindestlohn bald die zentrale Verordnung aller Gehaltsabschlüsse? So ähnlich wie in der DDR? Offenbar denken die sich das so in Brüssel. Sind die denn bekloppt? Was reitet die? Ja, auf den ersten Blick ziemlich wirres Zeug. Doch wer genauer hinschaut, kommt der Lösung auf die Spur.

Alle diese Maßnahmen wären mit noch mehr Schulden verbunden. Denn würden (wie es vernünftig wäre) Steuersenkungen hier durch Sparmaßnahmen dort ausgeglichen, würde keine zusätzliche "Binnennachfrage" entstehen. Das Ganze wäre dann aus Brüsseler Sicht nutzlos.

Also soll sich Deutschland vor allem stärker verschulden. Wie bitte? Stehen uns die Schulden nicht schon bis zum Hals? Und sehen wir nicht einer Zukunft mit immer weniger Steuer- und Beitragszahlern entgegen, in der uns diese Altschulden über dem Kopf zusammenschlagen?

Sicher, sicher. Aber darum geht es doch gar nicht: Andere Länder haben viel schlimmere Schuldenprobleme. So schlimm, daß nicht mehr sicher ist, ob sie die auch weiterhin und dau-

erhaft bedienen können. Daher hat die globale Finanzwirtschaft immer größere Schwierigkeiten, neue Schuldklaven aufzutreiben, die man mit weiteren Krediten an die Kette legen kann, ohne daß die einem schlappmachen und Insolvenz anmelden.

Die Deutschen hingegen gelten als folgsam, tüchtig und als zuverlässige Schuldner. Sie nehmen nur leider viel weniger von dem Kredit-Rauschgift, als die Dealer von den globalen Banken es gern hätten. Man könnte mehr aus ihnen herausholen, da sind sich die Goldman-Sachsen dieser Welt einig. Daher schicken sie nun ihre Freunde von der EU vor. Wenn die Germanen den finalen Einzug in den Schuldturm nicht freiwillig antreten, dann zwingen wir sie eben hinein, so die Lösung.

Na gut, das klingt logisch. Aber irgendwann brechen doch auch die Deutschen zusammen, oder? Kann sein, aber bis dahin verdienen Banken und fette "Finanzinvestoren" prächtig. Und bis es kracht, können sie daher in gigantischem Stil Aktien und Land und Gold und alle möglichen anderen Sachwerte zusammenraffen.

Wenn's dann knallt, die Währungen und Volkswirtschaften zusammenbrechen und das Geld nix mehr wert ist, können sie mit dem Gegenwert ihrer Anlagen ganze Städte für 'n Appel und 'n Ei kaufen, weil alle dringend Geld benötigen oder ihre Hauskredite nicht mehr bedienen können. (Merke: Während man 1948 seine Reichsmark nur zum Bruchteil ihres Nominalwerts in D-Mark getauscht bekam, wurden Immobilienkredite eins zu eins umgestellt.)

Ist es nicht großartig? Wie da alle zusammenarbeiten, wie glatt das alles funktioniert!

Doch was wird aus Europa? Und aus den Deutschen?

Wen interessiert's? Nun, so ganz egal ist das nicht, schließlich will man ja auch nach dem großen Knall irgendwann wieder Bankkredite an sie verkaufen. Sie müssen also fit bleiben, damit sie fleißig arbeiten und erneut kräftig Güter schaffen, die man sich dann später wieder unter den Nagel reißen kann.

Glücklicherweise bemühen sich Gesundheitspolitiker von Union und SPD derzeit um die Einführung einer "Fettsteuer" zur Hebung unserer Arbeitsfähigkeit. Die Hälfte des Mehrwertsteuersatzes auf Lebensmittel (derzeit sieben Prozent) solle aufgeschlagen werden auf Nahrung mit mehr als 275 Kalorien pro 100 Gramm. Das füllt die Kassen und führt uns wieder ein Stückchen näher ans Ideal der umfassenden Erziehungsdiktatur. Dem Bürger den kompletten Lebenswandel vorzuschreiben, davon träumten einst nur die Grünen. Mittlerweile sind dafür offenbar alle Bundestagsparteien entflammt. Irgendwann kriegen sie auch das mit den zentral befohlenen Lohnsätzen wieder hin wie in der DDR. Wir sind da ganz zuversichtlich.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 30. November 2013: >>**Willkommen in der Neusprech-Diktatur**

Die nächste Stadt ergibt sich dem Neusprech: Auch Halle an der Saale wird bald eine sprachpolizeiliche Verordnung für städtische Veröffentlichungen beschließen. Am vergangenen Mittwoch verwies der Stadtrat einen fraktionsübergreifenden Antrag "zur Vermeidung von Geschlechterstereotypen" in die Ausschüsse.

Da die verbotsfreudigen Fraktionen von Grünen, Linken, SPD und Neuem Forum die Mehrheit im Stadtrat haben und hinter dem Antrag stehen, wird diese Verordnung kommen. Dann werden etwa Wörter wie "Lehrer" und "Lehrerin" verboten und durch "Lehrkraft" ersetzt. Auch das "Rednerpult" wird es nicht mehr geben, es wird daraus das "Redepult". Aus Tagesmüttern werden "Tagesmütter und Tagesväter".

Größter Sprachlenkungsversuch seit Goebbels

Lediglich CDU-Fraktionschef Bernhard Bönisch klagt als einsamer Rufer in der Wüste: "Thema verfehlt, setzen, fünf! Es gibt überhaupt keinen Bedarf für so etwas. Da soll ein Problem gelöst werden, das eigentlich keiner hat." Doch wo die Neusprech-Lobby zuschlägt, hat der gesunde Menschenverstand keine Chance. Denn Halle ist kein Einzelfall. In zahlreichen Städten wurden bereits sprachpolizeiliche Verordnungen beschlossen, ohne daß dies einer breiten

Masse bewußt geworden wäre.

Die Staatsideologie des sogenannten "Gender Mainstreamings" wird von der Europäischen Union (EU) über Bund und Länder bis hinunter auf die kommunale Ebene durchgedrückt. Einen solch breiten Versuch der staatlichen Sprachregelung hat es in Deutschland seit Joseph Goebbels nicht mehr gegeben. Wesentliche Grundlage dafür ist die "Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene" von 2006, finanziert von der EU-Kommission und beschlossen vom "Rat der Gemeinden und Regionen Europas".

Verpflichtung zum Kampf gegen die deutsche Sprache

Inzwischen haben zusammen mit Halle rund 35 deutsche Kommunen diese Charta unterzeichnet, darunter Bonn, Dresden, Frankfurt am Main, Hannover, Heidelberg, Kaiserslautern, Köln, Leipzig, Mainz, Mannheim, Münster, Nürnberg, Stuttgart und Wuppertal. Die Städte haben sich somit dazu verpflichtet, "sprachliche Wendungen ... zu bekämpfen ..., welche ... auf stereotypen Geschlechterrollen für Frauen oder Männer beruhen." Das bedeutet nichts anderes als einen Kampf gegen die deutsche Sprache.

Viele Städte haben daraufhin sogenannte "Gleichstellungsaktionspläne" beschlossen, die folglich auch Sprachregelungen enthalten. Die Stadt Köln erweist sich dabei als Hochburg des Neusprech-Karnevals, indem sie in einer Handreichung einen "Würfel für Unentschlossene" anbietet. Diese können sich damit erwürfeln, ob sie lieber "Studenten und Studentinnen", "Studierende", "StudentInnen", "Student_innen" oder "Student*innen" schreiben möchten. Nur das schlichte Wort "Studenten" ist verboten. Außerdem führt Köln neue akademische Grade wie "Dr.in" und "Dipl.-Ing_in" ein. Der Bürgersteig wird - kein Scherz - zum "Bürger_innensteig", das Täterprofil zum "TäterInnenprofil", das Mitarbeitergespräch zum "Mitarbeitendengespräch".

Es wäre zum Lachen, wenn nicht ein systematischer Plan hinter der Sprachlenkung stände. Daher bricht diese Vergewaltigung der deutschen Sprache nicht an ihrer Lächerlichkeit zusammen. Wer beendet daher diesen Blödsinn? Wird die nachfolgende Generation derart behindert sprechen müssen, weil sie es nicht mehr anders, besser kennt? Das ist fürwahr eine gruselige Zukunftsaussicht.

Über Thomas Paulwitz: Historiker und Sprachpfleger, wurde 1973 in Eichstätt geboren und studierte Biologie, Politik und Geschichte in Erlangen. Er ist Gründer der Zeitschrift "Deutsche Sprachwelt" und seither ihr Chefredakteur. 2006 erhielt er den Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalismus. Er ist verheiratet und Vater von zwei Kindern.<<

Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" berichtete am 16. Dezember 2013: >>**Geheimbünde Konjunktur in Zeiten historischer Umbrüche**

Sie nennen sich Illuminaten, Freimaurer, Rosenkreuzer oder Skull and Bones. Diese Geheimbünde bestimmen, wenn die Gerüchte über sie stimmen, wahlweise die Geschicke des Vatikans und der Wirtschaft oder sie streben gleich nach der Weltherrschaft.

War es der Haß gegen das verknöcherte jesuitische Bildungssystem? Oder die ungebremsste Begeisterung für das, was später Aufklärung genannt wurde? Genau weiß niemand, was den Ingolstädter Philosophen Adam Weishaupt am 1. Mai 1776 dazu bewog, den "Bund der Perfektibilisten" zu gründen, bekannter unter dem Namen "Illuminati".

Der Orden wurde zwar schon zehn Jahre später verboten, seiner atemberaubenden Karriere tat das aber keinen Abbruch. Was wurde den untergetauchten Geheimbündlern nicht alles nachgesagt: daß sie den Aufbau der USA gesteuert hätten; daß sie verantwortlich für die Französische Revolution gewesen seien; daß sie von Außerirdischen gelenkte "Blutsauger" seien, die den Dritten Weltkrieg vorbereiten würden. Humbug, nichts als Humbug! Fehlen dürfen die Illuminati - die Erleuchteten - in Gisela Graichens und Alexander Hesses Buch "Geheimbünde" aber nicht, so wie viele andere bekannte und unbekannte Orden.

Die üblichen Verdächtigen sind natürlich erst einmal die Freimaurer, aber es soll auch die

Illuminaten noch geben, auf jeden Fall gibt es die Rosenkreuzer, wir haben - und das ist einer der spannendsten Geheimbünde - Skull and Bones.

... erzählt die Hamburger Journalistin Gisela Graichen. Zu den "üblichen Verdächtigen" zählen noch der Mithras-Kult, die Prieuré de Sion, die Terrorloge Propaganda Due, kurz P2, die Templer und einige andere Geheimbünde. Sie alle tauchen auf in den zehn Kapiteln des Buches, das die Autoren chronologisch geordnet haben: Sie beginnen mit den jüngsten und politisch aktiven Orden Skull and Bones, Opus Dei und P2, ältere Orden - die Rosenkreuzer, Templer sowie der Mithras-Kult bilden den Schluß. Eingerahmt sind die gründlich recherchierten Portraits - soweit man "Geheim"-Bünde gründlich recherchieren kann - von einer Einführung ins Thema und einem Kapitel über Verschwörungstheorien.

Einige Geheimbünde betreiben knallharte Machtpolitik

Verschwörungstheorien setzen Gruppierungen und verschwiegene Bünde voraus, die gut organisiert im Geheimen ihr Ziele verfolgen - von angeblichen Mondlandungs- und Alienlügen der NASA, bis hin zur Weltherrschaft, wie sie Freimaurer, Illuminaten oder Skull and Bones anstreben.

Das ist nicht richtig - Anhänger von Verschwörungstheorien sind keineswegs immer Geheimbündler - richtig ist aber, daß Geheimbünde eine wunderbare Projektionsfläche für Verschwörungstheorien bieten. Ob dabei von außen nach innen projiziert wird oder von innen nach außen, ist häufig nur schwer auszumachen. Zu verschwommen, zu vage sind die Fakten, zu unerklärlich Ziele und Gehabe, eine funktionierende Öffentlichkeitsarbeit ist Geheimbünden naturgemäß fremd. Bei genauem Hinsehen wird ein weiteres Definitionsproblem deutlich: Was genau sind Geheimbünde?

Man kann sich nicht selbst bewerben, man wird aufgefordert; dann gibt es ein Ritual der Aufnahme, die Initiation, auch die soll geheim gehalten werden; es gibt ein Verbot, darüber zu sprechen, es gibt das Schweigegelübde, man muß auch Gehorsam zeigen, das heißt, man wird ausgestoßen oder man wird auch bestraft ...

... was allerdings auf viele Gruppen und Organisationen zutrifft, auf Sekten, auf die Mafia, ja, selbst die Katholische Kirche hat gemeinsame Schnittmengen mit Geheimbünden - weshalb Dan Brown ja seine Romane gerne im Umfeld des Vatikans ansiedelt. Nun sind einige Geheimbünde Horte ebenso unverständlicher wie harmloser Ideen, der wiederauflebende Mithras-Kult etwa; andere Geheimbünde dagegen betreiben knallharte Machtpolitik: Die Propaganda Due zählt dazu, ein Netzwerk, das in den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts einen Staatsstreich in Italien geplant haben soll, aber auch der schon erwähnte Geheimbund "Skull and Bones", den Studenten im 19. Jahrhundert gegründet haben und der heute ein Netzwerk für konservative Politiker ist. US-Außenminister John Kerry soll Mitglied sein, aber auch Ex-Präsident George W. Bush.

Der tief verwurzelte Wunsch nach magischem Denken und Geheimnissen

Ohne Skull and Bones wäre ein so mittelmäßiger und inkompetenter Politiker wie George W. Bush niemals Präsident der USA geworden ...

... zitiert Graichen aus den Recherchen der amerikanischen Journalistin Alexandra Robbins, ... und wenn Sie bedenken, daß 2004 die beiden sich ja als Präsidentschaftskandidaten gegenüberstanden, Bush für die Republikaner und für die Demokraten Kerry, und beides Skull-and-Boner sind, und die sich dann abends in ihren geheimen Orten, wo man sich da trifft, sie haben eine eigene Insel mit Gebäuden, die unzugänglich für Nichtmitglieder sind, da kommt man sich doch veralbert vor, um es vorsichtig zu formulieren, wenn da zwei sich streiten, und es ist alles nur Show.

Die Autoren - neben Graichen und Hesse haben noch Holger Diedrich, Jürgen Sarnowsky und Heike Schmidt Texte beigesteuert - beschreiben, welche Bedürfnisse Geheimbünde bedienen: etwa den tief verwurzelten Wunsch nach magischem Denken und Geheimnissen und die

Sehnsucht, einer elitären Gruppe anzugehören, die sich außerhalb der von NSA und BND überwachten Gesellschaft bewegt. Und somit haben Geheimbünde immer Konjunktur, besonders aber in Zeiten historischer Umbrüche, meint Gisela Graichen.

Das ist die Zeit des zusammenbrechenden Römischen Reiches mit den Mysterienkulten, wir sehen die Aufklärung, typisches Beispiel, Goethe war Freimaurer und Illuminat, Lessing, Schiller, die waren alle Freimaurer, die Zeiten der Französischen und Amerikanischen Revolution, George Washington war Freimaurer, und vor dem Ersten Weltkrieg und heute wieder - es sind Zeiten der Unsicherheit, und wir sind eindeutig auch heute in schwankenden Verhältnissen, wo man nicht weiß, wo soll ich mich festhalten?

"Geheimbünde" von Gisela Graichen und Alexander Hesse ist gut lesbar, manchmal etwas reißerisch, was aber der Tatsache geschuldet ist, daß es das Begleitbuch zum gleichnamigen Dreiteiler ist, den das ZDF im Januar 2014 ausstrahlt. Wer die Parallelwelten von Geheimbünden kennenlernen möchte, kommt an diesem Buch nicht vorbei.

Gisela Graichen und Alexander Hesse: Geheimbünde, Freimaurer und Illuminaten, Opus Dei und Schwarze Hand. 384 Seiten aus dem Rowohlt Verlag ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 21. Dezember 2013: >>>100 Jahre Notenbank Mit der Finanzkrise kippte das Image der Fed

Seit der nebulösen Gründung der Fed vor 100 Jahren ranken sich um die US-Notenbank wilde Verschwörungstheorien. Kritiker halten sie für einen Handlanger der Wall Street. Und sie tut nur wenig dagegen.

Die Geschichte der mächtigsten Notenbank der Welt beginnt mit einer Geheimmission. In einer Novembernacht im Jahr 1910 treffen sich acht Männer auf einem verlassenen Bahnsteig der Kleinstadt Hoboken, wenige Kilometer von Manhattan entfernt. Einer von ihnen, Senator Nelson Aldrich, hat die Gruppe auf große Vorsicht eingeschworen: Redet mit niemandem auf dem Weg, schüttelt die Reporter ab, und sagt euren Familien, ihr fahrt auf Entenjagd!

Unbemerkt von der Öffentlichkeit gelangen die Männer an den Bahnsteig und besteigen den privaten Eisenbahnwagen von Aldrich. In der Dunkelheit der Nacht tritt der Zug seine Reise an, 1.300 Kilometer nach Süden bis in die Küstenstadt Brunswick im US-Bundesstaat Georgia. Von dort setzen die Männer mit einem Schiff nach Jekyll Island über.

Auf der kleinen Insel liegt der exklusive Jekyll Island Club, in dem sich sonst die reichsten Menschen der Welt zum Jagen, Golfen und Reiten treffen. Die nächsten zehn Tage aber gehört die Insel ganz den acht Männern, die sich nur mit ihren Vornamen ansprechen werden. Die Bediensteten sollen keinen Hinweis bekommen, wer dort von morgens bis abends im Salon tagt.

Gemeinsam entwerfen sie die Blaupause einer bundesweiten Notenbank für die USA. Es soll zwar noch drei Jahre dauern, aber dann wird der Plan dank Aldrichs emsigem Strippenziehen mit geringen Änderungen vom Kongreß verabschiedet. Am 23. Dezember 1913 setzt US-Präsidenten Woodrow Wilson den Federal Reserve Act offiziell in Kraft.

Notenbank ist nicht an Transparenz gelegen

Gegner der Federal Reserve (Fed) reiben sich bis heute an der nebulösen Gründung und der intransparenten Struktur der Zentralbank auf. Wie kann eine der wichtigsten Institutionen der Neuzeit auf einem Geheimplan fußen statt auf einem demokratischen Prozeß? Und sind nicht die Gründerväter Beweis genug, daß die Fed niemals dem Volk der USA, sondern nur der Wall Street dienen sollte?

Heute sind diese Fragen wieder aktueller denn je. Die Fed hat in den vergangenen 100 Jahren wenig dafür getan, ihr Image zu verbessern. Gerade in der Finanzkrise bewies die Notenbank erneut, daß ihr keineswegs an Transparenz gelegen ist. Stoisch weigerte sich der amtierende Fed-Chef Ben Bernanke, Details zu den Rettungspaketen für die Finanzbranche zu veröffentlichen. Und auch Bernankes expansive Geldpolitik hilft der Wall Street mehr als den Steuer-

zahlern.

Die Steuerzahler hatten die Männer 1910 vermutlich auch nicht im Blick, als sie zu ihrer nächtlichen Zugfahrt aufbrachen. Erst viele Jahre nach dem Geheimgetreffen sollte die Öffentlichkeit über die Details der Konferenz auf Jekyll Island unterrichtet werden. Heute weiß man, wer zusammen mit Senator Aldrich die Operation Entenjagd durchzog:

Es waren Arthur Shelton, Aldrichs persönlicher Sekretär, A. Piatt Andrew, Staatssekretär im Finanzministerium, Frank A. Vanderlip, Chef der National City Bank of New York - heute bekannt als Citibank -, Benjamin Strong und Henry P. Davidson, beides enge Vertraute des Bankermoguls J. P. Morgan, Charles D. Norton, Chef der ebenfalls von J. P. Morgan dominierten First National Bank, sowie Paul M. Warburg vom einflußreichen deutschen Bankhaus M. M. Warburg & Co., der durch Heirat gleichzeitig mit dem New Yorker Investmenthaus Kuhn, Loeb & Co. verbandelt war.

Senator Aldrich fungierte als Vorsitzender der Kongreß-Kommission zur Reform des amerikanischen Währungssystems. Gleichzeitig war auch er eng mit der Hochfinanz verbunden. Seine Tochter hatte er mit John D. Rockefeller Jr. verheiratet, dem einzigen Sohn des seinerzeit reichsten Mannes der Welt.

Gemeinsam repräsentierten die acht Männer auf Jekyll Island ein Viertel des weltweiten Reichtums. Der Vorwurf liegt also nah, daß sie nicht unbedingt das Allgemeinwohl im Auge hatten.

"Ich habe mein Land betrogen"

Die Abgeordneten des Kongresses hatten es aber durchaus im Sinn, als sie Aldrich 1908 als Kommissionspräsident für ein stabileres Währungssystem einsetzten. Ein Jahr zuvor hatte ein Börsencrash eine schwere Rezession ausgelöst. Viele Bankhäuser brachen zusammen, weil die USA nicht über eine Zentralbank verfügten, die die Institute hätte retten könnten. Statt dessen beauftragten die einzelnen Bundesstaaten unzählige private Banken damit, Geld zu drucken und in Umlauf zu bringen. In anderen Ländern wie dem Deutschen Reich oder Großbritannien gab es bereits nationale Notenbanken, die als "Lender of Last Resort" in Extremsituationen mit Krediten einspringen konnten.

Weil im Kongreß keine Einigung zustande kam, brach Aldrich 1910 mit seinen sechs Komplizen zu der Geheimoperation auf. Um das Gesetz später im Parlament durchsetzen zu können, mußte Aldrich die Macht seiner reichen Verbündeten ausspielen. Der amtierende, republikanische Präsident William Howard Taft galt als Gegner des Aldrich-Plans. Mit tatkräftiger Unterstützung der Hochfinanz gewann schließlich der farblose Demokrat Woodrow Wilson die Präsidentschaftswahl im Jahr 1913.

Einen Tag vor Heiligabend, als die meisten Abgeordneten längst in den Weihnachtsferien weilten, unterschrieb Wilson den Federal Reserve Act. Überlieferungen zufolge hat er diese Entscheidung Zeit seines Lebens bereut. Auf dem Sterbebett soll er gesagt haben: "Ich habe mein Land betrogen." Das Schicksal der Nation liege fortan "in den Händen einiger weniger Männer". Damals konnte Wilson nicht wissen, daß die Fed in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zur führenden Zentralbank des Globus aufsteigen sollte. Zwei Drittel aller Dollarscheine befinden sich heute im Ausland.

Gerade wegen ihrer dominanten Stellung erhitzt die ungewöhnliche Struktur der Fed bis heute die Gemüter der Verschwörungstheoretiker. Anders als die Europäische Zentralbank, die Bundesbank oder die Bank of England ist die Fed keine staatliche Institution.

Das Federal Reserve System besteht aus zwölf regionalen Zentralbanken, die privatwirtschaftlich geführt werden. Besitzer dieser Zentralbanken sind rund 3.000 private Mitgliedsbanken. Sie entscheiden auch, wer sechs der neun Sitze in den jeweiligen Führungsgremien der regionalen Fed-Banken besetzt. Der Einfluß der Finanzbranche auf die US-Zentralbank ist damit weltweit einzigartig.

Fed in der Zwitterrolle

Dabei übt der Staat allerdings ebenfalls Kontrolle auf die Fed aus. Der Fed-Chef und die anderen sechs Mitglieder des Board of Governors der Fed werden durch den US-Präsidenten ernannt und vom Kongreß bestätigt. Aufgabe des Boards ist es, die regionalen Fed-Banken zu überwachen. Gleichzeitig haben die Board-Mitglieder auch die Mehrheit im zwölfköpfigen Offenmarktausschuß der Fed, der die geldpolitischen Leitlinien, die Geldmenge und den Leitzins festsetzt. Neben den sieben Board-Mitgliedern sitzen fünf Regionalbankchefs im Offenmarktausschuß. Vier von ihnen rotieren im Wechsel. Der Chef der Federal Bank of New York, der die Interessen der Wall Street vertritt, ist dagegen ein ständiges Mitglied.

Im Vergleich zur EZB hat die Fed also eine Zwitterrolle. Sie handelt im Auftrag nicht nur der Steuerzahler, sondern auch der Finanzbranche. Noch komplexer wird ihre Funktion, da sie - anders als die EZB - nicht nur dem Ziel der Preisstabilität verpflichtet ist. Die US-Zentralbank soll auch das Wachstum der Wirtschaft ankurbeln und für maximale Beschäftigung sorgen. Pikanterweise soll sie außerdem die Banken regulieren - und damit ihre Eigentümer überwachen.

Die Fed ist Diener vieler Herren, gleichzeitig ist sie längst nicht so unabhängig wie die EZB. Ihre Eigenständigkeit wird nur durch ein einfaches Gesetz garantiert, das der Kongreß jederzeit ändern könnte. Die Unabhängigkeit der EZB ist dagegen im EU-Vertrag festgeschrieben. Er kann nur mit der Zustimmung aller 27 Mitgliedstaaten und deren Parlamente geändert werden. Ihre Gewinne schüttet die EZB vollständig an die Mitgliedstaaten aus. Die Fed überweist dagegen zwar das Gros der Profite an das Finanzministerium, ein Teil geht allerdings auch an die Banken.

Weil die Fed keine Bundesbehörde ist, muß sie wesentlich weniger transparent über ihre Geschäfte berichten. Zwar hat sie mit dem Government Accountability Office (GAO) einen staatlichen Aufseher, dem aber enge Grenzen gesetzt sind.

Greenspan für Finanzkrise verantwortlich gemacht

In den vergangenen Jahren ist das Mißtrauen gegenüber der weitgehend unkontrollierten Macht der US-Zentralbank gewachsen. Gerade in den 19 Jahren unter dem Fed-Chef Alan Greenspan habe sich die Notenbank gefährlich oft vor den Karren der Wall Street spannen lassen, monieren Experten. Greenspan führte von 1987 bis 2006 die Geschäfte der Federal Reserve. Viele Ökonomen und Politiker machen den 87-Jährigen heute für die Finanzkrise verantwortlich.

Auch die offizielle Untersuchungskommission der US-Regierung gibt Greenspan und den unter ihm umgesetzten Deregulierungen die Hauptschuld für die Krise. In seiner Amtszeit habe die Fed "unter dem Druck der Finanzindustrie jegliche Schutzmechanismen entfernt, die hätten helfen können, die Katastrophe zu verhindern", schrieb die Kommission in ihrem Abschlußbericht 2010. Auch Greenspans stoische Niedrigzinspolitik wird von vielen letztlich als Dienst für die Wall Street gesehen. Die Investmentbanker wollten nicht, daß die Party an den Aktienmärkten aufhört. Der niedrige Leitzins könnte gleichzeitig einer der Gründe gewesen sein, warum es zu der Blase am Immobilienmarkt kommen konnte.

Greenspan bestreitet die Vorwürfe. Seiner Meinung nach hatte der Aufschwung von Ländern wie China oder Rußland nach dem Ende des Kalten Krieges zu einem sprunghaften Anstieg der Sparaufkommen geführt. Dies habe die langfristigen Zinsen in die Höhe schießen lassen. "Durch den Boom in den Schwellenländern haben sich die langfristigen Zinsen von den kurzfristigen abgekoppelt", sagte Greenspan Anfang November der "Welt am Sonntag". Als die Fed 2004 angefangen habe, den Leitzins anzuheben, seien die langfristigen Zinsen trotzdem weiter gesunken. "Wir konnten nichts tun."

Für seinen Mangel an Selbstkritik hat Greenspan viel Häme einstecken müssen. Der US-Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman bezeichnete ihn kürzlich als "schlechtesten Ex-

Notenbankchef der Welt". Greenspan-Freunde halten dagegen, die Weltwirtschaft habe der Fed viel zu verdanken. Schließlich erlebten die USA in den vergangenen 100 Jahren nur drei große Wirtschaftskrisen. In den 100 Jahren davor waren es dagegen zwölf, stellten die US-Ökonomen Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff in Untersuchungen zur Finanzkrise fest.

Fed war einst auf einem Imagehoch

Der Verdruss über die Fed wird immer in jenen Zeiten laut, in denen die Wirtschaft nicht brummt. Während der Greenspan-Ära war die Fed auf einem absoluten Imagehoch. Ihr haftete eine Art Unfehlbarkeitsnimbus an, der Präsident wurde als omnipotenter und beinahe allwissender "Maestro der Märkte" verehrt. Die frisch gegründete EZB und ihr erster Präsident Wim Duisenberg galten dagegen als viel zu rückwärtsgewandt und langsam.

Mit der Finanzkrise kippte das Image der Fed. Bei einer Gallup-Umfrage im Juli 2009 fanden nur 30 Prozent der US-Bürger, daß die Zentralbank ihre Aufgaben gut erfülle. Von neun bewerteten US-Behörden landete sie damit auf dem letzten Platz - selbst das Finanzamt IRS war mit 40 Prozent Zustimmung beliebter. Vier Jahre später sind die Ergebnisse kaum besser. Im Mai 2013 konnte die Fed mit 33 Prozent Zustimmung unwesentlich zulegen, immerhin hat sie es wieder knapp vor das Finanzamt auf den vorletzten Platz geschafft.

Auch während der Amtsjahre von Greenspans Nachfolger Bernanke gab sich die Fed reformresistent. Nachdem das Investmenthaus Lehman Brothers im September 2008 Pleite ging, stattete Bernanke die übrigen Banken bereitwillig mit Billionen von Dollar aus. Die US-Nachrichtenagentur Bloomberg forderte Bernanke im Jahr 2008 auf, die genaue Summe zu veröffentlichen.

Doch der Notenbanker hielt Transparenz auch dieses Mal für überbewertet. Die Fed sei keine Bundesbehörde und daher nicht zur Auskunft verpflichtet. Würde er veröffentlichen, welche Banken nur wegen der Fed-Kredite noch ihre Rechnungen begleichen könnten, "stigmatisiere" das die Institute. Die Folgen der Geheimniskrämerei waren abenteuerlich. Im November 2008 berichtete die Bank of America beispielsweise ihren Aktionären, sie habe eine der stärksten Bilanzen der Welt. Sie vergaß zu erwähnen, daß sie bei der Fed mit 86 Milliarden Dollar in der Kreide stand.

Diese Information gelangte nur ans Licht, weil Bloomberg Klage einreichte. Heute weiß man, wie viel Geld die Fed von 2007 bis 2010 in den internationalen Bankensektor pumpte: sagenhafte 16,1 Billionen Dollar. Zum Vergleich: Im Jahr 2012 betrug das Bruttoinlandsprodukt der USA rund 15,7 Billionen Dollar.

Im US-Kongreß gibt es nur wenige Politiker, die sich über diesen Fakt öffentlich echaufferten. Einer davon ist der Republikaner Ron Paul, der bis Anfang 2013 für Kentucky im Repräsentantenhaus saß. 2012 verabschiedete das Repräsentantenhaus unter seiner Führung einen Gesetzesentwurf, nach dem die Fed durch den Kongreß strenger überwacht werden sollte. Das Gesetz schaffte es jedoch nie durch den Senat.

Kurswechsel ist nicht in Sicht

Die Vermutung liegt nahe, daß die wenigsten Politiker in den USA den Mut besitzen, sich mit den Interessen der Wall Street anzulegen. Schließlich kommt von dort ein Großteil der Spendengelder für ihre Wahlkampfkassen. Außerdem lenkt die Fed auch ein wenig von der Dysfunktionalität der politischen Klasse in Washington ab. Weil sich Demokraten und Republikaner seit Jahren im Kongreß gegenseitig blockieren, blieben dringend nötige Reformen auf der Strecke.

Daß die US-Wirtschaft trotzdem wieder wächst, ist auch der expansiven Geldpolitik zu verdanken. Seit 2008 liegt der Leitzins beim historischen Niedrigstand von null bis 0,25 Prozent. Darüber hinaus pumpt die Fed seit fünf Jahren durch ihre Anleihenkaufprogramme Geld in den Markt - insgesamt hat sie seit Dezember 2008 mehr als vier Billionen Dollar Staatsanleihen und Hypothekenscheine aufgekauft.

Experten kritisieren, diese Maßnahmen stünden in keinem Verhältnis zu dem Nutzen für die Volkswirtschaft. Einer Berechnung des Investors Pimco zufolge haben die über vier Billionen Dollar den USA nur einen Wachstumsschub von mickrigen 0,25 Prozent gebracht.

Für großes Aufsehen unter Fed-Kritikern sorgte ein vor zwei Wochen veröffentlichter Gastbeitrag im "Wall Street Journal". Der Autor Andrew Huszar leitete 2009 und 2010 bei der Fed das Anleihenrückkaufprogramm. Der Artikel beginnt mit den Worten: "Ich kann nur sagen: Es tut mir leid, Amerika." Offiziell betone die Fed zwar stets, mit den Anleihenkäufen sollten die Kreditkosten für Haushalte und Unternehmen gesenkt und die Wirtschaft angekurbelt werden. Doch das sei eine Lüge: "Trotz der Rhetorik der Fed hat mein Programm überhaupt nicht geholfen, Amerikanern Zugang zu Krediten zu geben."

Statt dessen habe nur die Wall Street profitiert. Die Banken konnten dank höherer Anleihepreise ihre Bilanzen aufbessern und strichen fette Kommissionen für die Kaufprogramme von der Fed ein. "Das Programm ist das größte Rettungsprogramm für die Wall Street der Geschichte, verschleiert durch die Hintertür", schreibt Huszar. Und in der Fed seien die Funktionäre heutzutage nur noch an der Reaktion der Wall Street interessiert, nicht aber an den Folgen für die Steuerzahler.

Ein Kurswechsel ist nicht in Sicht. Im Januar tritt die langjährige Fed-Vizechefin Janet Yellen die Nachfolge von Bernanke an. Von ihr werden keine großen Überraschungen erwartet. Vermutlich wird sie noch lange an Bernankes expansiver Geldpolitik und den niedrigen Zinsen festhalten. Die Wall Street will es so.<<

Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 23. Dezember 2013: >>**US-Notenbank Fed vor 100 Jahren gegründet: Kind der Panik**

Am 23. Dezember 1913 wurde die Federal Reserve gegründet - gegen viel Widerstand. Die amerikanische Notenbank ist bis heute umstritten.

Eigentlich mag Amerika keine Banken. Trotz, oder gerade wegen der Macht der Wall Street zieht sich durch die US-Geschichte eine mächtige Tradition des Mißtrauens gegenüber Banken und Börsen. "Ich glaube, daß Bankinstitute eine größere Gefahr für unsere Freiheiten darstellen, als stehende Heere", sagte Thomas Jefferson, der Hauptautor der Unabhängigkeitserklärung. Das erklärt, warum die Vereinigten Staaten erst vor 100 Jahren, und damit viel später als andere Industrieländer, eine Zentralbank bekamen. Noch heute können sich rechte Anhänger der Tea-Party-Bewegung und linke Demonstranten von "Occupy Wall Street" auf die Parole einigen: "End the Fed" - "Schafft die Federal Reserve ab".

Als der demokratische Präsident Woodrow Wilson am 23. Dezember 1913 im Weißen Haus den "Federal Reserve Act" unterzeichnete, konnte sich niemand vorstellen, daß er damit die Grundlage für eine der mächtigsten Institutionen der Welt gelegt hatte. Daß die Fed überhaupt gegründet werden konnte, war das Ergebnis der Finanzkrise von 1907, eine der schwersten, die Amerika bis dahin erlebt hatte. Am 22. November 1907 war der Finanztrust Knickerbocker in New York zusammengebrochen.

Die Pleite löste eine Panik aus, die das gesamte Finanzsystem zu erfassen drohte. Angesichts der Gefahr brachte der damals mächtigste Mann der Wall Street, John Pierpont Morgan, seine Mitbanker dazu, Geld ins System zu pumpen und Vertrauen zu schaffen. Aber den meisten Finanzleuten war klar, daß man sich in Zukunft auf einen J. P. Morgan nicht würde verlassen können. Man brauchte einen "lender of last resort", eine Institution, die im Notfall als Kreditgeber bereit stand.

Anders als die Deutsche Bundesbank oder die Europäische Zentralbank (EZB) wurde die Fed also gegründet, um Finanzkrisen abzuwenden - einer der Gründe, warum deren DNS bis heute anders ist.

Im Jahr darauf berief der Kongreß eine "Nationale Währungskommission", die nach einer Lösung des Problems suchen sollte. Vorsitzender war der republikanische Senator Nelson

Aldrich aus Rhode Island, sein wichtigster Berater der in Hamburg geborene Banker Paul Warburg. Nach ausgiebigen Reisen, unter anderem zur Bank von England und zur Deutschen Reichsbank, legte die Aldrich-Kommission einen Plan vor: Die USA sollten ein dezentrales System privater Reservebanken bekommen. Das hätte nichts anderes bedeutet, als daß Wall Street sich selbst reguliert. Dagegen erhob sich im Kongreß ein Proteststurm, und nach der Wahl vom November 1912 war der Plan Makulatur. Wahlsieger Wilson stand in der Tradition von Thomas Jefferson - er wollte die Banken im Zaum halten.

So wurde der Federal Reserve Act schließlich ein Kompromiß zwischen Wall Street und Jefferson. Das Gesetz teilte die USA in zwölf Bezirke auf. Für jeden Bezirk war eine private Federal Reserve Bank zuständig. Über allem saß in Washington das Federal Reserve Board, der politisch bestimmte Verwaltungsrat. Woodrow Wilson baute auf diese Weise ein Stück Gewaltenteilung zwischen Finanzsektor und Politik ein, das in Deutschland fremd ist.

Die Gründung der Fed hatte auch ein tragisches Element: Als deren erster Präsident, Charles Hamlin, sein Amt am 10. August 1914 antrat, gab es die Welt nicht mehr, für die die Fed gemacht war. Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges am 1. August standen Geld- und Währungspolitik unter dem Diktat der Kriegsfinanzierung, erst recht nach dem 6. April 1917, als die USA selbst in den Krieg eintraten.

Die neue Institution hatte keine Gelegenheit, zu üben. Ein Problem war zum Beispiel der offene Machtkampf zwischen dem Board und der Federal Reserve Bank of New York. Der führte dazu, daß die Fed dem ungezügelter Börsenboom der Zwanziger Jahre viel zu lange tatenlos zusah, dann aber, als die Krise ausgebrochen war, die taumelnde Wirtschaft nicht genügend mit Geld versorgte. Der berühmte Ökonom und Nobelpreisträger Milton Friedman (1912-2006) erklärte in seiner "Geldgeschichte der Vereinigten Staaten" die Fed zum Hauptschuldigen an der Weltwirtschaftskrise.

Wie wichtig diese Erfahrung für die Notenbank bis heute ist, macht eine Episode aus dem Jahr 2002 deutlich. Während einer Veranstaltung anlässlich des 90. Geburtstags von Friedman in Chicago, sagte Ben Bernanke, damals noch einfacher Notenbank-Gouverneur: "Was die Große Depression betrifft: Sie haben recht, wie haben das verbochen. Es tut uns sehr leid. Aber dank Ihnen werden wir es nicht wieder tun." Auch Bernankes aggressive und umstrittene Politik der Geldmengenausweitung nach der Finanzkrise von 2008 erklärt sich zumindest teilweise aus der schwierigen Geschichte der Fed.

Die Politisierung der Fed hatte einen Preis

Die Weltwirtschaftskrise und der New Deal von Präsident Franklin D. Roosevelt änderten das Machtgefüge innerhalb der Fed grundlegend: Die regionalen Banken verloren an Einfluß, die Zentrale in Washington zog immer mehr Befugnisse an sich. Am wichtigsten waren dabei die Offenmarktgeschäfte, also das Recht, Wertpapiere an der Börse zu kaufen und zu verkaufen, um so die Zinsen zu beeinflussen.

Bis dahin war die New Yorker Bank für diese Operationen zuständig, das Bankengesetz von 1933 installierte nun einen "Offenmarktausschuß" in Washington. Wenn heute Medien berichten, "die Fed" habe etwas entschieden, dann ist meist der Offenmarktausschuß gemeint. Ausdruck des neuen Selbstbewußtseins der Fed-Zentrale ist das wuchtige "Eccles Building" an der Constitution Avenue, das Präsident Roosevelt 1937 einweihte und in dem die Fed bis heute ihren Sitz hat.

Die Politisierung der Fed hatte allerdings einen Preis, und der mußte nach dem Krieg bezahlt werden. Der Ökonom Allan Meltzer, Autor einer zweibändigen Geschichte der Fed, sieht den zweiten großen Fehler in deren Geschichte darin, daß sie die "Große Inflation" zugelassen hat. Gemeint ist damit die Phase von 1965 bis 1984, in der die Teuerungsrate in den USA auf bis zu 13,7 Prozent stieg. Historiker verweisen meist darauf, daß das Geld deshalb seinen Wert verlor, weil die USA den Vietnamkrieg und die Reformen der "Großen Gesellschaft" von

Präsident Lyndon B. Johnson auf Pump finanzierten.

Das ist nicht falsch, aber auch keine Erklärung. Entscheidend war die Politik der Fed, die, so Meltzer, "darauf hinauslief, daß die Notenbank die Defizite des Staates finanzierte". Schuld daran sei die Theorie, wonach Finanz- und Geldpolitik koordiniert werden müßten, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Tatsächlich erhielt die Fed während der Inflationszeit ihr bis heute geltendes "doppeltes Mandat": Nach einer Gesetzesänderung von 1977 muß die Fed sich nicht nur um stabile Preise, sondern auch um "maximale Beschäftigung" und "moderate langfristige Zinsen" kümmern. Bis heute sorgt dieses doppelte Mandat für Streit. Linke Kritiker, wie der Nobelpreisträger Paul Krugman, werfen der Fed vor, das Mandat nicht konsequent zu verfolgen, Monetaristen wie Allan Meltzer halten das Mandat schon im Ansatz für falsch.

In der Praxis bestand die "Koordination" mit der Finanzpolitik einfach darin, daß Politiker Druck auf die Fed ausübten, die Zinsen zu senken. Wenige waren in diesem Punkt allerdings so unverfroren wie Richard Nixon. Der sagte am 10. Oktober 1971 zum damaligen Fed-Präsidenten Arthur Burns: "Ich möchte diese Stadt (Washington) nicht vorzeitig verlassen." Auf Deutsch: Ich möchte im nächsten Jahr wiedergewählt werden und dazu kann ich keine Rezession brauchen. Also senke bitte die Zinsen. Burns parierte.

Ende der Siebzigerjahre kam dann die überfällige Korrektur: Präsident Jimmy Carter erkannte, daß die USA in einer "Vertrauenskrise" steckten und berief den damaligen Präsidenten der New Yorker Federal Reserve Bank, Paul Volcker, an die Spitze der Fed. Volcker war entschlossen, die Inflation zu brechen. Er ließ den Leitzins zeitweise auf 20 Prozent steigen. Das Ergebnis war die schwerste Rezession, die die USA bis dahin nach dem Zweiten Weltkrieg erlebt hatten, die Arbeitslosenquote stieg auf elf Prozent.

Das kostete Jimmy Carter die Wahl 1980 und der konservative Revolutionär Ronald Reagan zog ins Weiße Haus ein. Bezeichnenderweise stellte sich nicht nur Carter gegen Volcker, als die Kosten des Kampfes gegen die Inflation klar wurden, sondern auch Reagan. Dieser war entgeistert, weil Volcker die Staatsdefizite nicht bereitwillig finanzierte, die seine Steuersenkungen verursachten. Es dauerte Jahre, bis Reagan und Volcker Frieden schlossen. Der Erfolg gab dem sturen Fed-Chef recht: Die Inflation war besiegt und Volckers Nachfolger Alan Greenspan konnte in den Neunzigerjahren über den längsten Aufschwung der US-Geschichte wachen.

Die guten Jahre der Fed, so Allan Meltzer, endeten 2003. "Damals gelang es der Wall Street, Greenspan davon zu überzeugen, daß die Gefahr einer Deflation drohte. Das stimmte nicht, aber es führte dazu, daß die Geldpolitik zu lange expansiv blieb und den Immobilienboom nährte." Das Ergebnis waren die Finanzkrise und die Rezession, mit deren Folgen die Welt bis heute zu kämpfen hat. Der scheidende Fed-Chef Ben Bernanke hinterläßt seiner Nachfolgerin Janet Yellen eine Notenbank, deren Bilanzsumme sich als Folge der Krisenpolitik von 800 Milliarden auf 3,8 Billionen Dollar vervielfacht hat.

Viele Sparer fragen sich heute: Wann werden diese unfaßbaren Summen zu Inflation werden? Die Geschichte der Fed legt eine Antwort nahe: Alles hängt von der Persönlichkeit des Mannes oder der Frau an der Spitze der Fed ab. In diesem Fall von Yellen. Ist sie bereit, ihren Job zu riskieren, um das Richtige durchzusetzen, selbst wenn das sehr unpopulär ist, dann kann die Inflation eingedämmt werden. Letztlich kann sie aber nur Erfolg haben, wenn sie die Rückendeckung des Präsidenten hat. Insofern ist die Inflationsgefahr keine ökonomische, sondern eine politische Frage.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 23. Dezember 2013: >>Die Kreatur von Jekyll Island

Bilderberger, Trilaterale Kommission oder die Group of Thirty - sie alle sind legendenumwoben, doch keine Institution ist zugleich so mächtig wie das hundertjährige Federal Reserve

System (Fed) - die Notenbank der USA. Dabei verlief das Gesetzgebungsverfahren für den Federal Reserve Act transparent ab. Beide Kammern des US-Kongresses stimmten nach monatelangen Anhörungen und Abstimmungen mit überwältigender Mehrheit zu. Am 23. Dezember 1913 setzte der demokratische Präsident Woodrow Wilson das Gesetz mit seiner Unterschrift in Kraft.

Weit weniger durchsichtig ist die Vorgeschichte der Fed. Der US-Dollar war bereits seit 1785 die Währung der Vereinigten Staaten. Bis 1811 fungierte die private First Bank of the United States in Philadelphia als Notenbank. Ihr folgte die zu einem Fünftel in Regierungsbesitz befindliche Second Bank, die 1836 - nach Betrugs- und Korruptionsaffären - ihren Notenbankstatus verlor und 1841 liquidiert wurde.

Schwankendes Vertrauen in den Papierdollar

Der staatliche Finanzbedarf im 1861 ausgebrochenen Bürgerkrieg beendete dann die "Free Bank"-Ära und beförderte in den Jahren bis 1864 die Legal Tender und National Bank Acts zur Schaffung von US-Nationalbanken. Sie durften vom US-Finanzministerium abgesicherte und gedruckte grüne Banknoten ausgeben - aus 150 Millionen wurden bald 450 Millionen Dollar in "Greenbacks".

Das verfolgte Ziel einer einheitlichen Währung in allen Bundesstaaten wurde damit erreicht - doch das Vertrauen in den Papierdollar schwankte stark. Auf den Bürgerkrieg folgten Krisen und Bankzusammenbrüche. Der Gold Standard Act von 1900 verordnete schließlich einen Fixkurs von 20,67 Dollar pro Feinunze (31,1 Gramm). Doch die Börsenkrisen nahmen kein Ende.

Das durch Gerüchte befeuerte Ende der Knickerbocker Trust Company und die darauffolgende legendäre "Bankers' Panic" vom Herbst 1907 überzeugten wichtige US-Politiker davon, was Bankchefs wie der aus Frankfurt/Main stammende Jacob Schiff (Kuhn, Loeb & Co.) seit Jahren energisch forderten: wie in den europäischen Ländern einer Zentralbank die Kontrolle über die Kreditbeschaffung zuzugestehen.

Geheimtreffen mit Großbankern

Der Kongreß berief zur Vorbereitung 1908 die National Monetary Commission, die bis 1912 unter Leitung des republikanischen Senatsführers Nelson Aldrich 30 Reporte erstellte. Zugleich untersuchte der Wirtschaftsanwalt Samuel Untermyer für das Pujo-Komitee den Einfluß des "Money Trust" auf die Wirtschaft. Das entscheidende Geheimtreffen fand allerdings weit ab von Washington statt, auf einer Insel vor der Küste Georgias:

Im November 1910 trafen sich im Jekyll Island Club Senator Aldrich (Schwiegervater von John Rockefeller jr.) und Vizefinanzminister Piatt Andrew mit fünf Großbankern: Henry Davison (JP Morgan), Charles Norton (First National Bank of New York, heute Citigroup), Benjamin Strong (Bankers Trust/JP Morgan), Frank Vanderlip (National City Bank/Rockefeller) und Paul Warburg (Kuhn, Loeb & Co., 1977 von Lehman Brothers übernommen).

Warburg, der in Hamburg geborene Sproß einer Bankendynastie, hatte bereits Jahre zuvor Pläne einer Zentralbank ausgearbeitet. Details des Treffens verarbeitete der US-Autor Eustace Mullins 1954 in seinem umstrittenen Buch "The Secrets of The Federal Reserve". G. Edward Griffin von der rechtslibertären John Birch Society konzentriert sich in seiner Analyse der "Kreatur von Jekyll Island" vor allem auf die wirtschaftspolitischen Aspekte.

Doch das Fed-Gesetz, das Untermyer entscheidend mitformulierte, mußte zunächst warten. Präsident William Taft, der mit 90 Anti-Trust-Regulierungen dem US-"Big Business" Einhalt gebieten wollte, widersetzte sich den Jekyll-Insel-Plänen. Der Republikaner leistete jedoch indirekte Vorarbeit: Mit dem unter ihm eingeführten 16. Zusatzartikel zur US-Verfassung erhielt der Kongreß das Recht, Bundeseinkommensteuern zu erheben. Das erleichterte es, die Geldhoheit an die Privatbanken zu delegieren.

Rettungsanker für private Banken

Mit Wilsons Einzug ins Weiße Haus stand dem Fed-Gesetz nichts mehr entgegen. Ab 1914 entstand das System aus zwölf Regionalbanken und einem Fed-Verwaltungsrat (Board of Governors) mit sieben Mitgliedern. Sie werden vom US-Präsidenten ausgewählt und vom Senat ernannt. Erster Fed-Chef war Vizefinanzminister Charles Hamlin. Benjamin Strong wurde Präsident der New Yorker Fed, der mächtigsten Regionalbank, die den Handel mit US-Staatsanleihen abwickelt und einen Großteil der Goldreserven einlagert. Seit 2009 hat William Dudley (zuvor Goldman Sachs) diesen Posten inne, weil Vorgänger Timothy Geithner als Barack Obamas Finanzminister in die Politik zurückkehrte.

Trotz des Staatseinflusses ist das Fed-System keine Staatsbank. Alle US-Banken, die national tätig sind, müssen sich laut Gesetz dem Fed-System anschließen. Etwa ein Drittel der privaten Geschäftsbanken sind derzeit Fed-Aktionäre. Ursprüngliche Aufgabe der Fed war, bei Finanzkrisen die Privatbanken mit genügend Dollars zu versorgen. Doch schon bald nach ihrer Gründung wurde die Fed kriegsverpflichtet, um ungedecktes "Fiat money" bereitzustellen.

Strong verantwortete mit dem zweiten Fed-Chef William P. G. Harding die zeitweise Abkoppelung vom Goldstandard. Die Fed brachte nach dem Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg "Liberty Bonds" (Kriegsanleihen) unters Volk, was die Inflation anheizte. In den zwanziger Jahren alimentierte die Fed den Börsenrausch - bis die Spekulationsblase am 25. Oktober 1929, dem "Schwarzen Freitag", platzte. Die US-Notenbank erhöhte die Leitzinsen und verknappte so das Geld. Doch dem Tritt auf die finanzielle Bremse folgte Deflation: die Preise fielen, der Kapitalverkehr versiegte. 1931 begann die "Great Depression", Präsident Herbert Hoover installierte 1932 den Bankenrettungsfonds RFC, der mit Fed-Milliarden faule Kredite und Papiere aufkaufte.

Goldbesitzverbot und finanzielle Repression

Um den so geschwächten Dollar zu stützen, erließ Franklin D. Roosevelt 1933 die Executive Order 6102 - das berühmte Goldbesitzverbot. Alle US-Bürger mußten ihr Gold für 20,67 Dollar pro Unze bei der Fed abliefern. Die neue Goldparität wurde bei 35 Dollar festgelegt. Die Goldbestände der Fed stiegen auf Kosten der Privaten, die bis auf eine Freigrenze von 100 Dollar teilenteignet wurden. Das Goldbesitzverbot wurde erst Ende 1974 aufgehoben.

Trotz des gewonnenen Zweiten Weltkriegs drückten die USA 1945 Staatsschulden von über 115 Prozent der Jahreswirtschaftsleistung (BIP) - eine Quote, die selbst unter Obama noch nicht erreicht wurde. Die Fed drückte die Zinsen unter die Inflationsrate. Die finanzielle Repression zu Lasten der Sparer ließ den Schuldenberg real auf zwei Drittel des BIP abschmelzen. Wirtschaftsaufschwung, Vollbeschäftigung und mit der Inflation steigende Löhne hielten die US-Bürger bei Laune.

Präsident John F. Kennedy unternahm 1963 mit seiner Executive Order 11110 den Versuch, Silber-Dollars parallel zu den formal goldgedeckten Greenbacks zu etablieren. Doch unter seinem Nachfolger Lyndon B. Johnson wurde dies nicht weiterverfolgt. Die einschneidendste Entscheidung traf dann Richard Nixon, der 1971 die Goldbindung aufhob.

Was die Fed in punkto Geldwertstabilität leistete, illustriert ein Blick auf die Preise von "Nathan's", dem berühmten Hot-Dog-Imbiß auf der New Yorker Coney Island: 1916 bekam man für 4,30 Dollar dort 86 Frankfurter. In den sechziger Jahren waren es nur noch zwölf. Im hundertsten Jahr der Fed ist es nur noch ein Würstchen. Dennoch ist der US-Dollar weiter die Weltreserve- und Handelswährung Nummer eins.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2013 im COMPACT-Spezial Nr. 2 über den Libyen-Krieg von März bis Dezember 2011 (x348/60-62): >>**Sex, Lü-**

_von Raphael-Maria Grünwald/Andrea Ricci

Libyen: Im Krieg gegen den "irren Gaddafi-Clan" griff die westliche Propaganda auf bewährte

Muster zurück. Ein kleiner Streifzug durch die Bomben-Argumente.

Der Libyen-Krieg war genau drei Tage alt, da meldete sich am 22. März 2011 Joseph ("Joscha") Fischer in der Süddeutschen Zeitung zu Wort. "Westerwelle", so Fischer, habe "den Schwanz eingezogen", als es im UN-Sicherheitsrat zur Abstimmung kam und Deutschland sich der Stimme enthielt. Angeblich seien in Libyen "unmittelbare deutsche und europäische Sicherheitsinteressen" berührt...

Wie sich die Debatte im Nachgang zu Deutschlands Stimmenthaltung in der UNO entwickelte, steht exemplarisch für die das Strickmuster der Kriegslegitimation, das sich im Westen nach dem Zusammenbruch des Ostblocks durchgesetzt hat. An zentraler Stelle steht das "Appeasement- beziehungsweise München-Argument", also der Verweis auf das britische Gewährlassen der reichsdeutschen Annexion des Sudetenlandes im Münchner Abkommen 1938.

Natürlich funktioniert das Argument dann besonders gut, wenn der jeweilige Schurke gleich zum "Wiedergänger Hitlers" aufgeblasen wird, wie es Hans Magnus Enzensberger 1991 bei Saddam Hussein gemacht hat. Später wurde der Braune Peter an Slobodan Milosevic, Osama bin Laden und Mahmud Ahmadinedschad weitergeschoben.

Ähnlich beliebt sind Zuschreibungen aus der klinischen Psychiatrie. Nach dem "Irren von Bagdad", dem "Irren von Belgrad" und dem "Irren von Pjöngjang" tat sich die Bild-Zeitung mit Schlagzeilen wie "Das ist der irre Gaddafi-Clan" (23.2.2011) oder "Bereitet der irre Despot seine Flucht vor?" (23.3.2011) hervor.

Auch die evangelische Theologin Margot Käßmann bekannte: "Wir müssen die Libyer vor einem irrsinnig gewordenen Diktator schützen." (Zeit, 20.3.2011) Selbst Noch-Bundespräsident Christian Wulff brillierte mit ferndiagnostischen Fähigkeiten: "Gaddafi ist ein Psychopath". (Welt, 25.2.2011)

Arabischer Frühling

Der erste NATO-Krieg gegen ein muslimisches Land seit Afghanistan war leicht zu verkaufen, weil der Beschlußfassung in der UNO eine Resolution der Arabischen Liga vorausgegangen war, die ebenfalls die Durchsetzung einer Flugverbotszone gefordert hatte.

Für den flüchtigen Medienkonsumenten mochte es so aussehen, als ob der sogenannte arabische Frühling, der in anderen Ländern der Region wie Tunesien und Ägypten zum Rücktritt altgedienter Despoten geführt hatte, nun auf Libyen übergegriffen habe. Die NATO erschien nicht als Aggressor, sondern als Helfer einer Demokratiebewegung. ...

Doch im Unterschied zu den bis dahin gewaltfreien Rebellionen in Kairo und Tunis waren die libyschen Rebellen von Anfang an aggressiv vorgegangen. Bereits im Februar 2011 wurden vielerorts nicht nur Polizeistationen, sondern alle Arten öffentlicher Gebäude niedergebrannt. Besonders empörend: In der Großstadt Al-Baida wurden am "Tag des Zorns" fünfzig als "Söldner" bezeichnete Schwarzafrikaner exekutiert - eine Form rassistischer Gewalt, an der sich die Menschenrechtsfreunde im Westen aber nicht störten. Ende März 2011 meldete die New York Times, daß die CIA die Rebellen bereits "seit Wochen mit verdeckten Aktionen" unterstützte.

Die Rebellen verübten in zahlreichen Fällen Lynchjustiz an Schwarzafrikanern, in ihren Augen "Söldner Gaddafis".

Und: Der Beschluß der Arabischen Liga (AL), mit dem die USA, Frankreich und Großbritannien Druck auf den UN-Sicherheitsrat ausübten, war herbeigetrickst: Wie die Asia Times berichtete, waren von den 22 AL-Vollmitgliedern nur 11 bei der Abstimmung anwesend. Sechs von ihnen waren Mitglieder des Golf-Kooperationsrates (GCC), dem von den USA unterstützten Club von Königreichen oder Scheichtümern: Saudi-Arabien, Bahrain, Kuwait, Qatar, Oman und Vereinigte Arabische Emirate (VAE).

Es war der GCC, der zuerst für eine Flugverbotszone stimmte und mit diesem Votum zur Sitzung der Arabischen Liga marschierte. Saudi-Arabien hatte nur drei weitere Mitglieder zu

"verführen", um neun Stimmen zu bekommen. Syrien und Algerien stimmten dagegen. Im Klartext: Von 22 Mitgliedern der Arabischen Liga stimmten nur neun für die Flugverbotszone. Qatar profitiert unmittelbar: Seine zwei Mirages machen bei der Bombardierung Libyens mit, während sich sein Hafen Doha auf die Vermarktung Ost-libyschen Öls vorbereitete.

Lügen um Bengasi

Um die westliche Öffentlichkeit auf Krieg einzustimmen, wurde im Februar/März 2011 besonders Bengasi zum Opfersymbol aufgebauscht. Die ostlibysche Stadt war am 20. Februar von den Rebellen erobert worden und wurde in der Folge von Regierungstruppen belagert.

Daniel Cohn-Bendit, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Europaparlament, trommelte: Wenn man "nicht etwas macht, dann wird Gaddafi zum Beispiel zum Einnehmen der Stadt Bengasi bereit sein, zum Beispiel Giftgas anzuwenden".

US-Außenministerin Hillary Clinton sprach später von "einem zweiten Srebrenica an einem Ort namens Bengasi". In einer Ansprache am 1. April 2011 stellte US-Präsident Barack Obama den Krieg als Rettung in letzter Minute dar: "Wir sind eingeschritten, um ein Massaker zu verhindern."

Dabei hatte selbst US-Verteidigungsminister Robert Gates der Greuelpropaganda zunächst widersprochen: "Gates sagte, daß das Pentagon keine Bestätigung dafür habe, daß Revolutionsführer Gaddafi seine Bevölkerung tatsächlich aus der Luft habe beschießen lassen. Er habe das bisher nur Presseberichten entnommen." (FAZ, 3.3.2011) Auch der Bundesregierung lagen "keine detaillierten Informationen über Angriffe der libyschen Luftwaffe auf Zivilisten vor", so ihre Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linken-Politikerin Sevim Dagdelen vom April 2011.

Am 7. März 2011 sendete der russische Fernsehsender Russia Today (RT) eine Reportage aus der angeblich todgeweihten Rebellenhochburg. Die Bilder aus Bengasi zeigten eine Urlaubersstadt am Meer, in der Kinder am Strand spielten und die Geschäfte voller Kunden waren. Das Leben auf den Straßen und Plätzen war gelöst, Angst vor Luftangriffen herrschte augenscheinlich nicht.

Allerdings konnten die RT-Reporter beobachten, wie ein Team des qatarischen Senders Al Djazeera auf einer etwas erhöhten Terrasse seine Kamera aufbaute und die Menschen auf dem Platz auffordert, nach vorn zu kommen um Anti-Gaddafi-Parolen zu rufen. Ein Al Djazeera-Mitarbeiter führte wie ein Dirigent Regie, während seine Kameramänner die "Wut" auf den Diktator filmten, die kurz darauf in die Wohnzimmer Europas und Amerikas flimmerten.

Wie dreist die Unkenntnis der westlichen Medienkonsumenten über Libyen von den Medien ausgenutzt wurde, zeigt ein weiteres Beispiel aus Bengasi. Die amerikanische UN-Botschafterin Susan Rice behauptete Ende April 2011, an libysche Regierungstruppen werde Viagra verteilt. Prompt titelte der Kölner "Express": "Gaddafi-Soldaten mit Viagra vollgepumpt". Das Schweizer Boulevard-Blatt Blick setzte noch einen drauf: "Gaddafis Schergen vergewaltigen Frauen und Kinder." Einzige Quelle der ganzen Viagra-Geschichte: ein angeblicher Arzt namens Chalifa al Scharkassi. Wer dieser Scharkassi und wie glaubwürdig er ist, wollte niemand wissen.

Wie fadenscheinig die Behauptung ist, zeigt sich selbst beim flüchtigen Lesen des Blick-Artikels: "In Bengasi, so der Arzt, seien mehr als 100 Frauen von den Soldaten des Regimes vergewaltigt worden - während ihre Männer an der Front kämpften." Gaddafi-Soldaten sollen Massenvergewaltigungen ausgerechnet in Bengasi vorgenommen haben - also der Stadt, die seit Beginn des Bürgerkrieges die wichtigste Hochburg der Rebellen und mittlerweile Sitz ihrer Gegenregierung war?

Einseitigkeiten

Ende Mai 2011 kam dann eine neue Beschuldigung von Massenvergewaltigungen, die angeblich libysche Soldaten begangen hätten. Die in Großbritannien ausgebildete Psychologin Se-

ham Sergewa behauptete bei CNN, sie habe 70.000 Fragebögen an Libyer verschickt, davon seien rund 60.000 zurückgeschickt worden und mehr als 200 davon hätten ein Kreuz bei der Frage gemacht, ob sie von Regierungstruppen vergewaltigt oder sexuell mißbraucht worden seien. Luis Moreno Ocampo, Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofes ICC in Den Haag, behauptete daraufhin, er habe nun eindeutige Hinweise darauf, daß Gaddafi Massenvergewaltigungen angeordnet habe.

Keine einzige dieser Anschuldigungen konnte durch Fakten gestützt werden - sogar bei Amnesty International reagierte man verwundert. Auch von einem "Genozid" könne nicht die Rede sein, so Amnesty International. Eine offizielle Delegation des UN-Menschenrechtsrats unter Leitung von Cherif Bassiouni - einem der Gründerväter des ICC - ging den Vorwürfen von Massenvergewaltigungen nach. Ohne Erfolg. Er und seine Ermittler konnten keine Beweise für die Anschuldigungen finden. (Frankfurter Rundschau, 11.6.2011)

Typisch auch das Desinteresse der Leitmedien an Berichten über Greuelthaten der Rebellen. Immerhin ein Augenzeugenbericht schaffte es am 15. April 2011 in Die Welt. "Vor unseren Augen wurden so viele Menschen erstochen und geköpft." Zum Beweis zeigte der Zeuge ein Video, das er mit seinem Handy aufgenommen hatte. "Darin wird einem am Boden liegenden Mann mit einem langen Messer der Kopf abgeschnitten, was normalerweise nur radikale Islamisten mit ihren Feinden tun. Grausame Bilder, die man kaum ansehen kann."

Aber Die Welt läßt die Leser an ihren Zweifeln teilhaben, "ob das Video tatsächlich aus Misrata stammt, der eine Rebell und der andere ein Soldat der libyschen Armee ist". Diese - journalistisch selbstverständliche - Quellenkritik konnte man allerdings höchst selten bemerken, wenn Videos der Gegenseite über die "Verbrechen Gaddafis" verbreitet wurden.

"Kollateralschäden"

Den NATO-Bomben fielen nicht nur viele Zivilisten, sondern in einigen Fällen "versehentlich" sogar Aufständische zum Opfer. Solche "Kollateralschäden" wurden fallweise Gaddafi in die Schuhe geschoben. So meldete die Tagesschau am 27. März 2011: "Die USA werfen dem libyschen Machthaber Muammar Gaddafi die Inszenierung ziviler Opfer vor. Es gebe zahlreiche Geheimdienstberichte, nach denen Gaddafis Truppen von ihnen getötete Menschen an Angriffszielen der westlichen Allianz plaziert hätten, sagte Verteidigungsminister Robert Gates in einem Interview mit dem TV-Sender CBS News."

Anders sah es offensichtlich der Vatikan, der Ende März schwere Vorwürfe gegen die Alliierten erhob, nachdem bei Luftangriffen auf Tripolis mindestens 40 Zivilisten getötet worden waren.

Daß mit einem "Menschenfeind" wie Gaddafi kein Waffenstillstand geschlossen werden sollte, zeigte die rigorose Ablehnung von Vorschlägen, die er oder auch die Afrikanische Union gemacht hatten.

So hatte sich Gaddafi Ende April 2011 an die NATO gewandt und Verhandlungen angeboten. Die Libyer bräuchten, so Gaddafi, die Chance, ihre Konflikte selber zu lösen. Falls der Westen das libysche Öl wolle, könne man mit ihren Ölfirmen Verträge abschließen, betonte er. Die NATO und die Rebellen schmetterte diese Initiative mit dem Hinweis ab, daß man erst über Verhandlungen nachdenken werde, wenn die Regierungstruppen wieder in den Kasernen seien. Auf dem letzten Treffen der Libyen-Kontaktgruppe Anfang Mai forderten die USA schließlich, Verhandlungen mit Gesandten Gaddafis generell abzulehnen.

In der Nacht zum 1. Mai 2011 unterstrich die Allianz mit ihrem Luftangriff auf den von Gaddafi bewohnten Bab-al-Azizyah-Komplex in Tripolis - es war bereits der dritte dieser Art -, was sie von seinen Angeboten wirklich hielt. Bei diesem Angriff wurden einer seiner Söhne und weitere Familienmitglieder getötet. Spätestens hiermit haben Washington, London und Paris deutlich gemacht, daß ihr Ziel nicht der von der UN-Resolution 1973 geforderte "Schutz der Zivilbevölkerung", sondern der "Regime-Wechsel" war.

Als Gaddafi selbst am 20. Oktober 2012 gefangen genommen wurde, folterten und exekutierten ihn die Rebellen - so der Abschlußbericht von Human Rights Watch zum ersten Jahrestag des Verbrechens. Peter Scholl-Latour behauptet sogar, gestützt auf französische Militärkreise: "Gaddafi ist mit einer Eisenstange gepfählt worden." (Welt, 14.12.2011) Keiner der Schuldigen wurde vor das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag gestellt.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2013 im COMPACT-Spezial Nr. 2 über den Syrischen Bürgerkrieg ab 2011 (x348/63-65): >>**Syrien: Wie alles anfing**

Ein Konflikt in der Beduinenstadt Daraa im Frühjahr 2011 war der Zündfunke, der Syrien in Brand setzte. Obwohl Präsident Assad alle Forderungen der Bewohner erfüllte, begannen ausländische Kämpfer mit dem Schießen.

_ von Dorothea Schäfer

Geplant war es schon lange. Angefangen aber hat es in Daraa, einer Stadt mit knapp 100.000 Einwohnern an der Grenze zu Jordanien. Obwohl Daraa eine Beduinenhochburg ist wie Homs und Hama, hat man es anfangs im Westen so dargestellt, als sei es der Beginn einer Studentenrevolte. Das war falsch, denn den Studenten ging es in Daraa wie überall in Syrien durch die Bank gut. Es war ganz anders: Da war eine Gruppe Jugendlicher, fast noch Kinder, die Anfang Februar 2011 verantwortlich zeichneten für eine Aktion, bei der es zu Personen- und Sachschaden kam. Die Fast-noch-Kinder landeten im örtlichen Gefängnis, wo man ihnen un- gut mitspielte.

Es waren Tage vergangen, bis die Väter und Onkel und Scheichs einen Termin beim Bürgermeister erreicht hatten. Sie wurden vorstellig und baten: "Gebt uns unsere Söhne und Neffen zurück. Es sind Tage vergangen, sie hatten Strafe genug - und es sind Kinder, einige unter ihnen sind gerade erst sechzehn Jahre." Der Disput ging hin und her.

In dieser Gegend tragen die Beduinen traditionelle Bekleidung: den langen Kaftan und als Kopfbedeckung Kufiya, ein weißes oder farbiges Baumwolltuch, gehalten von einer meist schwarzen Baumwollkordel, dem Aqal. Außer im ganz privaten Umfeld gehört es sich nicht, sich ohne Kopfbedeckung zu zeigen; es wäre nicht ehrenvoll. Die Kopfbedeckung ist ein Symbol für die Ehre, insbesondere die Aqal.

"Gib uns unsere Kinder zurück - sie sind das Kostbarste, das wir haben. Wir ergeben uns Dir - sag, was Du willst. Und als Pfand unserer Unterwerfung geben wir unsere Ehre!", sagten die Väter und Onkel und nahmen - Welch ein Schritt! - zum Zeichen, wie ernst es ihnen war, vor dem Bürgermeister ihre Kufiyas und Aqals ab und legten sie auf seinen Schreibtisch. Welch Geste!

Assad stoppt die Bürokraten

Und der Bürgermeister? Der machte eine wegwerfende Geste mit dem Arm und fegte seinen Schreibtisch leer: "Weg mit diesem dreckigen Zeug..." und mit einer Handbewegung ließ er den in Kufiyas und Aqals manifestierten Stolz der Beduinen im nächstbesten Papierkorb entsorgen. Nun... daraufhin ging es recht heftig zu. Nicht nur auf dem Bürgermeisteramt - das ganze Städtchen Daraa probte den Aufstand.

Die Kunde drang ziemlich schnell zum Präsidenten, der umgehend reagierte: Die Kinder kamen, wenn auch etwas lädiert (und wie gemunkelt wird, soll wohl auch eines gefehlt haben) umgehend aus dem Gefängnis frei. Der Bürgermeister, wie auch der ebenfalls in die Affäre verwickelte Gouverneur, wurden ihres Amtes enthoben und zur Verantwortung gezogen. Und - geübt im Umgang mit all den Ethnien in seinem Land - schickte der Präsident seine Entschuldigung an die Väter, Onkel und Scheichs, einhergehend mit einer Einladung zum Gespräch im Präsidentenpalast. Ganz im Sinne der Beduinentraditionen hieß es in der präsidentialen Nachricht: "Nur ihr und ich - keiner dazwischen!"

Kaum war die Nachricht überbracht, trafen Reisebusse aus Damaskus ein, und nicht nur die

Väter, Onkel und Scheichs nahmen Platz, auch die Schulleitung, die Lehrer und der Vorstand des Jugendfreizeitheims. Der Präsident entschuldigte sich: Es hätte niemals vorkommen dürfen. Und er hörte dem zu, was ihm die Beduinen berichteten, und man diskutierte, was für die jungen Leute getan und was verbessert werden konnte. Es wurde auch erörtert, wie es überhaupt zu den Vorfällen kommen konnte - Graffiti und mutwillige Zerstörung an Gemeinschaftseigentum werden in der Region bei der jungen Generation nicht nur kaum praktiziert, sondern sind eher ziemlich unbekannt.

Zwei- bis dreimal am Tag wurde von verummten Trupps von den Dächern auf alles, was sich bewegt, gefeuert - Männer, Frauen, Kinder, Katzen, Hunde, Vieh - egal.

Die Spur führte zu einer Lehrerin, die den Jugendlichen ausführlich geschildert hatte, wie es im Westen zugeht und sie zu ihrem Tun ermutigt hatte. Von ihr hatten sie erfahren, daß dies "Revolution" sei. Ein im gegebenen Kontext eher skurril anmutendes Detail, dem man zu jenem Zeitpunkt nicht übermäßig Aufmerksamkeit schenkte - das kam erst später, als ein anderer Zusammenhang da war.

Irgendwann dann ging es im Gespräch um Wiedergutmachung. "Was wollt ihr?", fragte Assad. Das Entrichten von Blutgeld oder ähnlichen Wiedergutmachungen ist in Beduinenkreisen auch heute nichts Ungewöhnliches, sondern eine nützliche und heutzutage zunehmend praktizierte Technik, die Blutrache und ähnliche Dinge vermeiden hilft.

Da war Verschiedenes, das sie sich zum Teil lange schon für ihr Städtchen, für ihre Gemeinschaft, für die Familie gewünscht hatten. Der Präsident sagte: Ja. Und: Ja. Und dann kam ein merkwürdiger Wunsch, der zentrale Wunsch: Man habe aufgrund der Vorfälle derzeit das Vertrauen in die Obrigkeit verloren, man brauche Zeit und Abstand, um dieses wiedergewinnen zu können.

Aus diesem Grund wolle man für einen näher zu bestimmenden Zeitrahmen keine Staatspräsenz, insbesondere keine Polizei mehr in Daraa. Der Präsident war verblüfft: Keine Polizei? Was sei denn bei kleinkriminellen Vorfällen wie Diebstahl, Einbruch, Betrug? - "Wir schützen uns selbst", lautete die Antwort. Und die Regelung des zeitweise nicht unerheblichen Verkehrsaufkommens an zentralen Brennpunkten der City? - "Wir regeln das selbst". Assad zögerte: Für wie lange solle die Regelung denn gelten? Ein paar Wochen nur ... Nun gut. Er gewährte auch dies.

Die Väter, Onkel und Scheichs, auch die Schulleitung, die Lehrer und der Vorstand des Jugendfreizeitheims nahmen ihre Plätze in den Bussen wieder ein und fuhren heim. Dort gab es viel zu berichten von der Reise nach Damaskus, und zunächst ließ sich alles erstaunlich gut an: Man organisierte sich selbst und es funktionierte, sogar der Straßenverkehr soll, nachdem die Beduinen die Regelung übernommen hatten, reibungsloser funktioniert haben.

Ankunft der Terroristen

Es waren keine zwei Wochen ins Land gegangen, da tauchten Fremde auf in Daraa. Erst einige, dann viele, und immer mehr. Zunächst aus Jordanien und dem Libanon, dann aus Saudi-Arabien und Ägypten. Erst einfach nur Fremde, die sich unter die Bevölkerung mischten: "Ihr seid doch wohl nicht zufrieden, nach all dem, was hier passiert ist! Ihr habt euch mit wenig abspeisen lassen! Schön blöd - reingefallen! Habt euch von der Regierung einwickeln lassen, typisch Beduinen - einfache Gemüter. Wann werdet ihr lernen, euch zu wehren? Laßt euch das doch nicht gefallen. Ihr wart doch mal Krieger - die Herren der Wüste! Und jetzt? Jetzt kuscht ihr!"

Daraa ist ein Grenzstädtchen ganz im Süden. Israel ist nicht weit, es sind nur 50 Kilometer Luftlinie nach Tiberias und 75 nach Nazareth. Nach dem sogar nur 25 Kilometer entfernten Idlib auf der jordanischen Seite ist es lediglich ein Katzensprung, ein schmaler Streifen Wüste, durch den die Grenzlinie verläuft. Wer will sie kontrollieren?

Bald kamen Hunderte und Aberhunderte, darunter ein Trupp jordanischer Krimineller und

Outlaws. Die syrische Regierung beschwerte sich, Jordanien entschuldigte sich, aber die Leute blieben. Man hatte ihnen Sold gegeben und sie mit Waffen ausgestattet. Auch einige Militärs aus Nachbarländern. Zwei Generäle recht unterschiedlicher Herkunft und ohne Visum wurden festgenommen. Aus Ägypten kamen Spezialistentrupps, ebenfalls besoldet. Dieselben, die bereits erfolgreich die ersten Anstöße des "Frühlings" in Ägypten losgetreten hatten, ehe im zweiten Schritt dann die Studenten und die Jugend mobilisiert wurden.

Und dann, kurz vor Ostern 2011, ging es los: sinnlose Gewalt, Übergriffe, Schüsse, Bomben. Zwei- bis dreimal am Tag wurde von vermummten Trupps von den Dächern auf alles, was sich bewegt, gefeuert - Männer, Frauen, Kinder, Katzen, Hunde, Vieh - egal. Dann kamen die Panzer. Jürgen Todenhöfer beschreibt in einem seiner Augenzeugenberichte, wie er selbst bei seinen Recherchen in einen solchen Kugelhagel aus dem Hinterhalt geriet. Er schildert auch, wie ihn die Menschen auf der Straße anhielten und ihm Vorwürfe machten, weil auf Druck des Westens die Panzer abgezogen wurden und seither mehrmals täglich wieder das Kreuzfeuer hemmungslos von den Dächern prasselt.

Scheichs und Agitatoren

Schon bald breiteten sich die Unruhen in die umliegenden Beduinengebiete aus. Selbst in den Tiefen der Wüste schwanden die Chancen auf Frieden und Glück. Dörfer, die bisher gut zusammengelebt hatten, gerieten in Feindschaft. Ein Beispiel: In einem sunnitischen Dorf gab es Gerede über Waffen in großen Mengen, die in ein alawitisches Dorf in der Nachbarschaft geliefert worden seien. Die betagten Scheichs aus beiden Ortschaften, die ein Leben lang freundschaftliche Beziehungen zwischen ihren Stämmen gepflegt hatten, trafen sich. "Was soll das? Wir hören schlechte Nachricht, daß ihr euch bewaffnet!", sagt der eine. "Ja", sagt der andere, "denn wir wissen, daß es bei euch ebenso ist."

Und auch durch diese entlegenen Gegenden zogen die Trupps der Agitatoren. "Geht nach Homs, geht kämpfen, laßt eure Brüder nicht alleine, gemeinsam werdet ihr siegen!" Immer wieder ziehen sie durch die Dörfer, und immer wieder finden sich junge Leute, die zum einen gern ein bißchen Geld für die Familie annehmen und zudem glauben wollen, was man ihnen erzählt: daß es ehrenvoll sei, für eine gute Sache zu kämpfen, daß es gut sei, den alten Kampfgeist ihrer Vorfahren aufleben zu lassen, daß sie gute Chancen hätten, ins Fernsehen zu kommen - nicht nur in Al Jazeera, sondern sogar ins europäische Fernsehen -, daß sie zum Ruhm ihres Stammes an der neuen Regierung beteiligt sein würden und vor allem, daß die arabischen Landsleute endlich, endlich die Leistung der Beduinen anerkennen würden. ...

Was nützt es schon, dagegen zu halten und zu erklären, daß im Westen zwar täglich über Syrien berichtet wird, doch keiner ahnt, was es mit den Beduinen auf sich hat, mit den Agitatoren, mit der im Westen verherrlichten Splittergruppe der Exil-Opposition, die nicht mal einen Plan hat, wie es nach dem Sturz weiter gehen soll. Braucht sie auch nicht - da hilft der Westen dann sicher gerne aus.

Ebenso nutzlos ist es, hierzulande zu hinterfragen, warum die Medien in China und der Sowjetunion so unterschiedlich zu unseren berichten, daß man kaum glauben mag, daß vom selben Land die Rede ist. Wir sind felsenfest davon überzeugt, daß wir die Guten sind und am besten wissen, was gut für jedermann ist. Wir, der Westen, helfen gerne - sei es zum eigenen Vorteil, sei es aus uninformatem Gutmenschentum. Man nenne nur ein einziges Land in der Region, wo die Folgeschäden dieser "Hilfe" reparabel wären.

_ Dorothea Schäfer bereist das syrische Kernland, so auch Homs, Hama, Daraa und die Umgebung seit vielen Jahren. Berichte ihrer dortigen Freunde haben den obigen Artikel möglich gemacht. - Erstveröffentlichung in COMPACT 9/2012.<<

Der schweizerische Theologe Martin Hohl-Wirz berichtete im Jahre 2013 über die Freimaurerei und die Weltpolitik (x910/...): >>... 5.1.4. ... Weltpolitik

... Verschiedene Gruppen und Gesellschaften einflußreicher Persönlichkeiten, die auf höch-

ster Ebene Einfluß auf die Weltpolitik nehmen, sollen mit der Freimaurerei in Verbindung stehen. So unter anderen der Club of Rome, die Trilaterale Kommission, der Council on Foreign Relations (CFR), die 'Bilderberger', die Round-table Gruppen, die B'nai B'rith sowie engere Kreise um die Familien Rothschild und Rockefeller.

Diese informellen Gruppen sollen hierarchisch, wie eine Pyramide, geordnet sein. Eine solche Pyramide ist, zusammen mit dem 'allsehenden Auge Gottes' und anderen FM-Symbolen, auf der US 1 \$ Note abgebildet. Zur Weltfreimaurerei sollen rund 100 Organisationen gehören.

Im Zusammenhang mit dem Bestreben nach Völkerverständigung steht auch der Einsatz für den Frieden. Die Zeitschrift 'Alpina' (Nr. 12, 1986, S. 298) nennt die folgenden Freimaurer, die mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurden:

1902 Elie Ducommun (1833-1906), 1906 Theodore Roosevelt (1858-1919), 1911 Alfred Hermann Fried (1864-1921), 1913 Henri de la Fontaine (1854-1943), 1920 Léon Victor Auguste Bourgeois (1851-1925), 1926 Gustav Stresemann (1878-1929), 1929 Frank B. Kellogg (1856-1937), 1935 Carl von Ossietzky (1889-1938), 1953 George C. Marshall (1880-1959). Der 'Marshall Plan' hat nach dem zweiten Weltkrieg bekanntlich wesentlich zur wirtschaftlichen Erholung Deutschlands und damit Europas beigetragen.

In der FM-Literatur nicht genannt ist, möglicherweise weil er der Schwedischen Lehrart angehörte: 1930 Nathan Söderblom (1866-1931), Mitbegründer der ökumenischen Bewegung.

5.2. Einfluß in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik

Der Einfluß der Freimaurerei auf die Arbeitsethik in den westlichen, protestantischen Ländern scheint mir außerordentlich groß aber unabschätzbar zu sein. Die Konzentration auf das Diesseits, auf 'Taten statt Worte', und die Pflege eines 'Kultes der Arbeit' haben sicher den 'Geist des Kapitalismus' stark geprägt. Wirtschaft, Wissenschaft und Technik werden dem Herrschaftsbereich der Kirchen entzogen, verselbständigt und von jeglicher religiösen Auseinandersetzung 'befreit', 'neutralisiert'. Sie sollten ihrerseits Maßstab für Sinn, Wahrheit und Erfolg werden.

Das Kirchliche, Religiöse wird stark relativiert, aus der Alltagswirklichkeit verbannt, und bekommt seine Geltung höchstens noch am Sonntagvormittag. Wirtschaft, Wissenschaft und Technik sind scheinbar 'wertfrei', über jede geistige Auseinandersetzung erhaben. Die Hauptaufmerksamkeit gilt nicht nur dem diesseitigen Tun, sondern auch dem Erleben aller Art, dem Beschaffen und Konsumieren von Erlebnissen. Diese heutige Realität atmet wohl eindeutig und deutlich auch den Geist der Freimaurerei.

Die Freimaurerei erhebt denn auch den Anspruch, in dieser Welt der Wirtschaft, Wissenschaft und Technik Orientierung zu ermöglichen. "Die Freimaurerei entwickelt die ethischen Normen, die Wissenschaft und Technik erst zu Werkzeugen des Menschen statt zur Gefahr der Menschlichkeit machen."

5.2.1. Die Eroberung der Welt

Wir haben gesehen, daß der freimaurerische Arbeitsraum eine diesseitige, dem Menschen zugängliche Welt (bzw. Welten) symbolisiert, in der sich der Mensch nach seinen Maßstäben orientiert: Nach Osten und Westen, Norden und Süden, nach Sonne, Mond und Sternen sowie nach anderen Menschen (Meister vom Stuhl) richtet sich der Blick, die Aufmerksamkeit, die Orientierung.

Die folgenden Namen zeigen, daß erstaunlich viele derjenigen, die das Diesseits erobern wollten, Freimaurer waren. Dazu sollen auch die Abenteurer aller Art gezählt werden. Freimaurer waren die Arktisforscher Ronald Amundsen und Robert F. Scott. Der Antarktisforscher Admiral Richard E. Byrd gründete zusammen mit 60 von 85 Teilnehmern einer Expedition 1935 die 'Antarctic Loge No. 777'. Der Erfinder des Heißluftballons, Jacques Etienne Mongolfier, sowie der Flugpionier Charles August Lindbergh besuchten eine Loge.

Von den amerikanischen Astronauten waren die folgenden sicher Freimaurer: L. G. Cooper

jun., John H. Glenn, Grissom, Eisele, Aldrin, Stafford, Schirra. Eroberer von altertümlichen Schätzen war der bekannte deutsche Altertumsforscher und Kaufmann Heinrich Schliemann (1822-1890), der u.a. Troja entdeckte.

Wesentlich wichtiger und einflußreicher als die realen Abenteurer sind die phantastischen Abenteuer der Helden freimaurerischer Schriftsteller und Filmemacher, auf die wir noch zu sprechen kommen werden (von Goethes Faust und Peter Schlemihl bis z.B. zu Gullivers Reisen, Tom Sawyer und Huckleberry Finn, Sherlock Holmes, Ben Hur, Kiplings Dschungelkind Mowgly, Micky Maus & Co., die Filmhelden von Charlie Chaplin und viele andere mehr).

5.2.2. Wer steuert die Wirtschaft?

In Verschwörungstheorien erscheinen die Freimaurer oft als die geheimen Drahtzieher des wirtschaftlichen Geschehens. Hitler pflegte in diesem Zusammenhang die Freimaurer in einem Atemzug mit den Juden zu nennen. Aus unserer Sicht sind es natürlich sicher nicht die Freimaurer, die die Welt regieren. Hinter allem Geschehen stehen geistige Mächte, und der Mensch meint höchstens, die wirtschaftlichen Verhältnisse selbst gestalten und kontrollieren zu können.

Ein solcher Versuch, die wirtschaftlichen Beziehungen selbst zu gestalten, sind die sogenannten 'Service Clubs' (Rotary, Lions, Kiwanis u.a.m.), von denen die meisten erwiesenermaßen mit der Freimaurerei in einem direkten Zusammenhang stehen.

Sie gelten auch als ein Missionsfeld der Freimaurerei, indem bei Leuten, die in diesen Klubs noch nicht die wichtigen und richtigen Kontakte haben anknüpfen können, inoffiziell die Erwartung geweckt wird, bei den Freimaurern seien die wirklich einflußreichen 'Freunde' zu finden. "1905 rief der Hochgradfreimaurer Paul Harris in Chicago 'Rotary International' ins Leben, 1917 folgte in derselben Stadt Melvin Jones mit den 'Lions International'."

Böni verteidigt in seinem Artikel 'Rom und die Rotarier' die Rotarier vehement gegen einen 'Erlaß der katholischen Kirche gegen die Rotarier'. Er schreibt: "Freimaurer standen an der Wiege des Rotary-Klubs." Und es gibt "eine große Zahl von Rotariern, die zugleich Freimaurer sind." Die Rotarier haben ähnliche Ideale wie die Freimaurer. Im Gegensatz zu den Freimaurern ist aber die 'Erweiterung des Bekanntenkreises' ausdrückliches Ziel.

Beiden gemeinsam ist das Bekenntnis zu einem allgemeinen Menschentum unabhängig von Konfession, Religion und Parteizugehörigkeit sowie das Bestreben 'hitzige' geistige Auseinandersetzungen zu vermeiden.

"Politische und religiöse Gespräche von Partei gegen Partei oder Religion gegen Religion werden bei ihnen ebensowenig wie in unseren Logen gehalten." Ähnliches kann von den Mitgliedern des Lions Club (Liberty Intelligence Our Nations Safety) gesagt werden: Viele Lions sind zugleich Freimaurer. Melvin Jones (1880-1961), der Gründer des Lions Club, "war Mitglied der 'Garden City Lodge No. 141' in Chicago". Älter und heute wohl weniger einflußreich ist der 1803 in London gegründete Odd Fellow Orden, der noch direkter und offizieller mit der Freimaurerei verbunden ist. Dieser wollte (und will) eine 'Pflanzstätte der Menschlichkeit und der Wohltätigkeit' sein.

Von den in der Wirtschaft wirklich maßgebenden Personen und Firmengründern scheinen mir relativ wenige Freimaurer gewesen zu sein, bzw. zu sein. In der freimaurerischen Literatur werden die folgenden Firmengründer und Unternehmer genannt: Henry Ford (Autos), Charles C. Hilton (Hotels), John Jacob Astor (Hotels), Frank G. Hoover (Staubsauger), George Mortimer Pullman (Eisenbahn-Schlafwagen), Samuel Colt (Feuerwaffen), Pierre Samuel du Pont de Nemours (Chemie u.a.m.), Eberhard Faber (Schreibmaterial), King Camp Gillette (Rasierapparate), Anton Philipp Reclam (Verleger).

Die Rothschilds sollen seit 1809 den deutschen, französischen und englischen Logen angehören. In der Schweiz sind Jakob Rieter (Spinnereimaschinen) und Philippe Suchard (Schokolade) zu nennen.

Auch unter den wissenschaftlichen Ökonomen scheint es relativ wenige Freimaurer zu geben. Bekannt ist, daß der deutsche Volkswirt Friedrich List (1789-1846) Freimaurer war.

5.2.3. 'Humane' Wissenschaft und Technik

In der freimaurerischen Literatur werden auch sehr wenige Wissenschaftler und Techniker genannt, die Freimaurer waren oder sind. Erwähnenswert sind: Alexander Fleming, der Entdecker des Penicillins, der Zoologe Alfred Edmund Brehm ('Brehms Tierleben'), der Physiker Albert Abraham Michelson sowie verschiedene Ärzte. Der größte Teil der von Itor in dieser Rubrik genannten Personen sind Ärzte.

Von den Ärzten seien erwähnt: Christoph Wilhelm von Hufeland (1762-1836), Charles Richet (1850-1935), der 1913 den Nobelpreis für Medizin erhielt. Auffallend ist der relativ große Anteil der 'Alternativ-Mediziner': Freimaurer war der Arzt und Magnetiseur Anton Mesmer (1734-1815), "der Begründer des Mesmerismus, des animalischen Magnetismus und anderer Heilmethoden jenseits der Schulmedizin."

Der Begründer der Homöopathie, Christian Friedrich Samuel Hahnemann (1755-1843) war ebenfalls Freimaurer. Zu den Freimaurern gehörte auch der englische Arzt Bach, der die heute in esoterischen Kreisen berühmte und beliebte 'Bach-Blüten-Therapie' entwickelte. Der Psychoanalytiker Carl Gustav Jung war Sohn und Enkel führender schweizerischer Freimaurer".

5.3. Einfluß auf die Gesellschaft

Seit der Aufklärung entwickelt sich ein gesellschaftlicher Bereich als eine von Kirche und Staat unabhängige Lebenssphäre. Der Mensch 'emanzipiert' sich von kirchlicher und staatlicher Bevormundung und organisiert sich sein Gesellschafts- und Privatleben selbst. Er schafft sich seine eigenen Beziehungen und Vereine, wählt sich seine eigene Kirche und Religion aus, er erzieht und bildet sich selbst, er erdenkt und erdichtet sich seine eigenen Welten, und er sorgt für die eigene Unterhaltung.

Nicht zuletzt versichert er sich selbst und hilft er sich selbst bei allen Wechselfällen des Lebens. Freimaurer haben bei der Verselbständigung und Ausgestaltung dieses gesellschaftlichen Lebensbereiches wesentlich mitgewirkt. Der Mensch schafft sich die Regeln des Zusammenlebens selbst: Der Verfasser des Werkes 'Über den Umgang mit Menschen', Adolph Freiherr von Knigge (1752-1796) war Freimaurer.

5.3.1. Sozietäten und Vereine

Nach Im Hof ist die Freimaurerei ein Teil der 'umfassenden Sozietäts- oder Gesellschaftsbewegung', die im 18. Jahrhundert entstand und bis heute nachwirkt. Die wissenschaftlichen Akademien und gelehrten Gesellschaften, die literarischen Gesellschaften und Lesegesellschaften, die gemeinnützigen Gesellschaften, die ökonomisch landwirtschaftlichen Gesellschaften sowie die patriotisch politischen Gesellschaften wirkten als 'Beförderer von Reform und Aufklärung'. In ihnen wirkte ein humanitär liberal aufgeklärter Geist, der mit dem freimaurerischen Geist eng verwandt war.

"Ähnlich wie in vielen Sozietäten wurde der internationale Zusammenhang gepflegt. Schließlich war die Freimaurerei den Sozietäten gleich in der Betonung der Gleichheit innerhalb der Gesellschaft. Adelige und Bürgerschaft fanden sich hier auf gleichem Fuß als 'Brüder' einem höheren Ideal, dem Tempelbau, unterstellt." Sozietäten wie Freimaurer pflegten zudem die Geselligkeit und die Gemeinschaft, was auch für die heute blühenden Vereine gilt, die ebenfalls eine gemeinsame menschliche Aktivität (Turnen, Schießen, Wandern, Kegeln, Singen etc.) verbindet.

Die Gesellschaften standen miteinander in Beziehung, und es gab stets viele Doppel- und Mehrfachmitglieder. "Darum finden wir Freimaurer stets und oft führend in verschiedenen Sozietäten. Man war oft nicht nur Mitglied einer Loge, sondern auch der lokalen gemeinnützigen, literarischen oder wissenschaftlichen Gesellschaft." "Zum Beispiel sind in der Helvetischen Gesellschaft mindestens 22 Freimaurer nachweisbar, darunter drei Präsidenten der Ge-

sellschaft."

5.3.2. Schule, Erziehung, Pfadfinderbewegung

Wir haben bereits gesehen, daß die 'Selbsterziehung' und die 'Beförderung des sittlichen Lebens' zu den Hauptanliegen der Freimaurer gehören. Die 'Erziehung des Menschengeschlechtes' (Lessing) soll vor keiner Kategorie von Menschen Halt machen. Stets waren wohl viele Erzieher und Lehrer Freimaurer.

Der Schweizer Pädagoge Heinrich Pestalozzi war nicht Freimaurer, aber Illuminat. Der Orden der Illuminaten war mit der Freimaurerei geistig und personell eng verbunden. Sie wollten politisch aktiver ... und "klarer als die Freimaurerei, für Aufklärung und Moral wirksam sein ... Pestalozzi - eines der wenigen Schweizer Mitglieder - hatte den Namen Alfred."

Die internationale Pfadfinderbewegung ist eindeutig auf freimaurerischem Boden entstanden und gewachsen. "Das Pfadfindertum ist freimaurerischen Ursprungs. Sein Gründer, Sir Baden Powell, war ein bedeutender Freimaurer." Für Rothkrantz ist die "internationale Pfadfinderkonföderation nachweislich ein Logeninstrument."

5.3.3. Wohltätigkeit und Religion

Wir haben gesehen, daß die Freimaurerei eine sittliche Bewegung sein will, die Nächstenliebe nicht nur predigt, sondern auch praktiziert. Ihre 'Religion' ist die sittliche Tat nicht nur den Brüdern, sondern auch den 'Profanen' gegenüber. "Da alle Freimaurer Brüder sind, müssen sie einander helfen und sich gegenseitig Beistand leisten, wenn dies notwendig ist. Das ist ein Grundsatz, den fast sämtliche Obödienzen mit fast den gleichen Worten in ihren Statuten und Gelöbnissen formulieren. Die elementarste Form der Anwendung dieses Prinzips ist die freimaurerische Wohltätigkeit.

Jede Loge der französischen Obödienzen besitzt ihren Bruder Almosenier, dessen Kasse getrennt von jener des Bruders Kassiers geführt wird, und jede Obödienz hat ihren Groß Almosenier ... Es gibt darüber hinaus Waisenhäuser und Spitäler, die von Freimaurern unterhalten werden, und das Wohltätigkeitsbudget vor allem der angelsächsischen Freimaurerei ist gewaltig." Die Freimaurerei bot eine Form von Sozialversicherung an, was besonders zu Zeiten, als es noch keine staatliche Sozialversicherung gab, ein wichtiger Grund für ihre Attraktivität gewesen sein mochte. Der Freimaurer fühlte sich durch die Solidarität der Brüder gegen die Wechselfälle des Lebens wie Krankheit, Unfall etc. versichert.

In der Schweiz "ist z.B. der 'Verein zur Verbreitung guter Schriften' eine Freimaurer Gründung. Ebenso sind es verschiedene Brockenhäuser, Wohltätigkeitsvereinigungen, Altersheime, Armen und Krankenkassen usw."

Freimaurerischer Geist weht wohl durch weitere, auch internationale, Wohltätigkeits- und Hilfsorganisationen der verschiedensten Art. So zum Beispiel entstand das 'erste Pestalozzi Kinderdorf Europas' in Trogen zur Zeit, als der Trogener Pfarrer J. Böni Großmeister der Schweizer Großloge 'Alpina' war.

Nach Deiters und Naudon war der Gründer des Roten Kreuzes Henri Dunant (1828-1910) ein Freimaurer. In der freimaurerischen Literatur selbst wird er jedoch nicht aufgeführt. (Nach Dr. Gabriel Mützenberg hat man bis heute kein Dokument gefunden, das die Zugehörigkeit Dunants zu einer Freimaurerloge beweisen würde).

Böni empfiehlt in seinem Aufsatz '*Moralische Aufrüstung und Freimaurerei*' seinen Brüdern, bei der Moralischen Aufrüstung mitzumachen. Es bestünde eine 'Geistesverwandtschaft', und es gebe viele Berührungspunkte. "Beide verfolgen das Ziel einer besseren Menschheit, und beide stehen außerhalb des konfessionellen Streites. Wir können viele weitere Berührungspunkte finden, wenn wir auf die Grundsätze schauen."

Ökumene: Der Geist der Ökumene steht dem der Freimaurerei sehr nahe. Der Mitbegründer der ökumenischen Bewegung Nathan Söderblom (1866-1931) soll Hochgradfreimaurer gewesen sein, ebenso Willem Adolph Visser't Hooft, der 1948-1966 Generalsekretär des Ökumeni-

schen Rates der Kirchen war. Carl Friedrich von Weizsäcker soll Hochgradfreimaurer des 33. Grades sein.

Noch eine Bemerkung zum Thema Religion: Eine Zeitschrift der amerikanischen Freimaurer trägt den Titel 'The New Age'. Die zum 'Lucis Trust' in Genf gehörende 'Arkanschule' soll von Freimaurern geleitet sein und sich als 'magnetisches Zentrum' der Freimaurerei betrachten.

5.3.4. Philosophen, Dichter, Schriftsteller

Auffallend viele bekannte Philosophen, Schriftsteller und Dichter waren Freimaurer. Bekannt ist die Mitgliedschaft bei den deutschen Idealisten und Klassikern wie J. W. Goethe, G. E. Lessing, J. G. Herder, J. G. Fichte, C. M. Wieland, E. von Kleist, F. G. Klopstock, Matthias Claudius. Dazu kommen Autoren wie Adalbert von Chamisso, Heinrich Heine, Georg Büchner, G. A. Bürger, Friedrich Rückert, Johann Heinrich Voss, Ferdinand Freiligrath, Felix Salten, Kurt Tucholsky.

Im französischen Sprachbereich sind neben den genannten Montesquieu und Voltaire zu erwähnen: Alexandre Dumas, Stendhal (Henry Beyle), Victor Hugo. Freimaurer war auch der russische Dichter A. S. Puschkin. Aus dem angelsächsischen Kulturbereich sind zu nennen: Sir Arthur Conan Doyle, Robert Burns, Walter L. Scott, Jonathan Swift, Oscar Wilde, Laurence Sterne, Rudyard Kipling, Mark Twain, Lewis Wallace.

5.3.5. Unterhalter; Musiker und andere Künstler

Sehr viele bekannte Musiker, nicht nur Klassiker, sondern zum Beispiel auch Jazz-Musiker, waren Freimaurer. Folgende Namen sind bekannt: Johann Nepomuk Hummel, Leopold Mozart, Wolfgang Amadeus Mozart (Die 'Zauberflöte' gilt als das klassische Werk der Freimaurerei.), Franz Joseph Haydn, Jean Sibelius, Giacomo Puccini, Jean Philippe Rameau, Johann Christian Bach, Gustav Albert Lorzing, Louis Spohr, Giacomo Meyerbeer, Franz Liszt, George Gershwin, Duke Ellington.

In der amerikanischen Film- und Unterhaltungsbranche sind die Freimaurer auffallend stark vertreten. So gehörten zu den ersten und bedeutendsten amerikanischen Filmproduzenten die Freimaurer Cecil B. de Mille und Jack M. Warner. Logenmitglieder waren auch die folgenden US-Filmschauspieler und Komiker: Oliver Hardy, Harold Lloyd, Red Skelton, Clark Gable. Einen unschätzbaren großen, weltweiten Einfluß übten die Filmproduzenten und Künstler Walt Disney (1901-1966) und Charles S. Chaplin (1889-1977) aus.

Die amerikanischen Zirkuskönige 'The Ringling Brothers' waren Freimaurer, ebenso der zu seiner Zeit bekannte Schweizer Clown Adrian Wettach ('Grock'). ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Jahre 2013 im COMPACT-Spezial Nr. 2 über den Irakkrieg im Jahre 1991 (x348/12-14): >>Die Neue Weltordnung

_ von Gerhard Wisnewski

Die Operation Wüstensturm gegen den Irak war der erste Krieg nach dem Untergang des Warschauer Paktes. Er wurde an der medialen Front begonnen und gewonnen. Die Greuelpropaganda der Amerikaner griff alte Muster auf.

Man schreibt den 10. Oktober 1990. Vor dem Menschenrechtsausschuß des US-Kongresses sagt ein hübsches, 15-jähriges Mädchen aus. Einen Namen oder Nachnamen hat es nicht, beziehungsweise nur einen falschen: "Nayirah".

Mit gedämpfter Stimme hatte John Porter, der Vize-Vorsitzende des Gremiums, "unsere Freunde in den Medien" gebeten, die falsche Identität zu respektieren, um Nayirah und ihre Familie zu schützen. Dann ist sie an der Reihe: Sie komme aus Kuwait, sagt sie, wo sie mit ihrer Mutter die Ferien habe verbringen wollen. Aber nach dem Einmarsch der Iraker (am 2. August 1990) habe sie sich freiwillig zum Dienst im Al-Idar Krankenhaus gemeldet. Immer wieder blickt sie schüchtern auf; ihre Stimme stockt. Was den Kindern von Kuwait angetan worden sei, habe ihr Leben für immer verändert.

"Während ich da war, sah ich, wie die irakischen Soldaten mit ihren Waffen ins Krankenhaus

kamen. Sie nahmen die Babys aus ihren Brutkästen", schluchzt sie, "nahmen die Brutkästen mit und ließen die Babys auf dem kalten Boden sterben". Alle wissen, das bedeutet Krieg: Krieg der USA von Präsident Bush Senior gegen den Irak des Saddam Hussein, um Kuwait von diesem grausamen Invasoren und seinen Schergen zu befreien.

Das bedeutet Krieg

Was viele zu diesem Zeitpunkt noch nicht wissen: Das Mädchen ist keine unbedarfte 15-Jährige, sondern die Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA, Saud bin Nasir Al-Sabah. Daher auch das fließende Englisch. Und was man sich nicht hätte träumen lassen: Die ganze Geschichte ist erstunken und erlogen. Das Mädchen war mit Hilfe der amerikanischen PR-Agentur Hill & Knowlton für seinen Auftritt geschult worden.

In Wirklichkeit heiße sie Nijirah al-Sabah, wird die Süddeutsche Zeitung später schreiben (21.5.2010). Der stellvertretende Chef von Hill & Knowlton, ein gewisser Craig Fuller, habe sie persönlich für den Auftritt vor dem Kongreß trainiert. Fuller war Bush Seniors ehemaliger Stabschef. Die Administration schulte also quasi ihre eigenen Zeugen, um die USA in einen Krieg gegen den Irak zu führen - zur Befreiung Kuwaits, einer absoluten Monarchie unter dem Herrscherhaus Al-Sabah, zu dem auch die Zeugin Nijirah al-Sabah gehört.

Bevor die Waffen sprechen, sprechen die Lügner

Bevor die Waffen sprechen, sprechen erst einmal die Lügner. Und zwar nicht erst seit 1990. In Wirklichkeit fußt das gesamte Schicksal der Menschheit auf erfolgreichen Lügen, vor allem Kriegslügen. Ohne sie sähe die Welt wohl anders aus. So hätte es zum Beispiel keinen spanisch-amerikanischen Krieg gegeben, der 1898 durch die angebliche Versenkung des US-Kriegsschiffes Maine im Hafen von Havanna ausgelöst wurde. Vielleicht wären die USA auch nie in den Ersten Weltkrieg gezogen, wenn nicht das Passagierschiff Lusitania 1915 genau vor die Torpedorohre deutscher U-Boote geschickt worden wäre.

Der Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg wurde auch erst durch eine Lüge möglich, nämlich den angeblich überraschenden Angriff der Japaner auf die US-Marine-Basis Pearl Harbor am 7. Dezember 1941. In Wirklichkeit hatten die Amerikaner die japanische Flotte seit Wochen auf dem Schirm. In den sechziger Jahren brauchten die Vereinigten Staaten eine weitere Lüge, um ihren Vernichtungskrieg gegen Vietnam führen zu können - den angeblichen Überfall auf ein US-Kriegsschiff im Golf von Tongking durch nordvietnamesische Schnellboote 1964. Heute wissen wir: Den Angriff hat es nie gegeben.

Ergebnis: Hetzpropaganda

Was die angebliche Zeugenaussage Nayirahs angeht, hätte man nüchtern betrachtet auch gleich darauf kommen können, daß damit etwas nicht stimmen konnte. Schließlich wies "Nayirahs" abgelesener Text die typischen Merkmale von Propaganda auf:

- auf die Spitze getriebene, sinnlose Greuel;
- Zivilisten, insbesondere Kinder, als Opfer;
- totale "Überdrehung" (unnatürliche Übertreibung und Verdichtung von Greueln);
- Darstellung des Feindes als "tollwütig" und "außer Rand und Band";
- extrem aufstachelnde Wirkung.

Propagandawaffe Kind

Der Sinn bestand darin, das Denken auszuschalten und die Gefühle direkt in Handlungen umzusetzen: War das nicht so schrecklich, daß man sofort etwas unternehmen mußte - und zwar ohne weitere Fragen zu stellen? Das Motiv der gequälten Kinder ist geradezu ein Klassiker zur Rechtfertigung aller möglichen totalitären und kriegerischen Maßnahmen. Mit dem Leid von Kindern läßt sich alles Mögliche begründen, seien es die Kriegspläne eines George Bush, die komplette Entwaffnung der Bevölkerung (nach immer neuen "Amokläufen") oder eben andere totalitäre Pläne.

Denn Kinder werden nicht nur sexuell mißbraucht, sondern auch politisch. Ihr Leid ist so

wirksam, weil einen ihre Mißhandlung in eine sprachlose Wut versetzt. Das war nicht erst 1990 so, als George Bush Senior einen Krieg gegen den Irak anzetteln wollte. Schon "Napoleon war in England als Menschenfresser verfeimt, der sich vom Fleisch kleiner Kinder ernährte", so Hermann Joseph Hiery in dem Buch Angst und Politik. Im Ersten Weltkrieg verbreiteten dann die Engländer die Propagandalüge, die Deutschen würden belgischen Kindern Arme und Beine abhacken.

Schon damals wurde Kaiser Wilhelm II. als "Schlächter von Berlin" bezeichnet und mit einem blutigen Messer in der Hand dargestellt - ähnlich wie 80 Jahre danach Saddam Hussein. Erst viele Jahre später wurde die Lüge in einer BBC-Dokumentation aufgedeckt und quasi "zurückgenommen".

Im Grunde genommen tauscht die angloamerikanische Propaganda in ihren Kriegslügen seit etwa 100 Jahren nur die Namen ihrer geostrategischen Feinde aus. Und die Sache mit den gequälten Kindern ist einfach zu gut und das Gedächtnis der Menschheit zu schlecht, um sie nicht wieder und wieder zu benutzen. Noch am Abend des 10. Oktober 1990 wurde Nayirahs "Zeugenaussage" in den amerikanischen TV-Nachrichten ausgestrahlt und erreichte Millionen Zuschauer. Nicht weniger als sieben Senatoren zitierten Nayirahs Erzählungen in ihren Kriegsreden. Und auch Präsident George Bush Senior nahm etwa ein Dutzend Mal auf Nayirahs Horror-Story Bezug.

Amnesty und die Brutkastenlüge

Die Berichte von den "ermordeten Babys" waren schon seit der irakischen Invasion in Kuwait am 2. August 1990 in die USA lanciert worden. "Nayirahs" Job war es, der Sache ein Gesicht zu geben und sie auf höchster Ebene emotional zu präsentieren. Sozusagen der letzte Schuß auf das "psychologische Tor". Sogar Amnesty International war von Anfang an mit von der Lügenpartie. In einem Amnesty-Bericht vom 19. Dezember 1990 über Menschenrechtsverletzungen in Kuwait kam auch die Brutkastenlüge vor.

Ein ehemaliges Vorstandsmitglied von Amnesty USA, der Rechtsprofessor Francis Boyle, sagte später in einem Interview, der Bericht sei "schlampig und ungenau" gewesen: "Ich hatte den Eindruck, daß er nicht durch die normalen Qualitätskontrollen gegangen war. ... Ich stellte mich auf den Standpunkt, daß die Geschichte mit den Babys absolut sensationsheischend war, in den USA ganz sicher für Kriegstreiberei genutzt werden würde und die Weichen für einen Krieg stellen könnte. Und deshalb hätten wir die Sache wirklich zwecks Überprüfung zurückziehen sollen.

Aber sie (Amnesty) taten es nicht. ... Schließlich veröffentlichten sie den Report, und Sie wissen, welche schrecklichen Auswirkungen das im Hinblick auf die Kriegspropaganda hatte. Mehrere der US-Senatoren, die für einen Krieg stimmten, sagten, daß der Amnesty-Report sie beeinflusst habe." (*Covert Action Quarterly*, Sommer 2002, Ausgabe 73, S. 9-12)

Prompt wedelte im Fernsehen auch US-Präsident George Bush Senior mit dem Amnesty-Bericht herum. Und noch am 8. Januar 1991 wiederholte ein leitender Mann von Amnesty die Lüge vor dem Kongreß-Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten. Eine denkwürdige Allianz. Wenig später, am 12. Januar, stimmte der US-Kongreß für den Krieg. Am 16. Januar flogen die ersten Bomben auf den Irak.

Grünes Licht von den Vereinigten Staaten

Was dabei völlig unterging: Der Krieg war von Anfang an ein Produkt der Vereinigten Staaten. Da kein "Diktator" so verrückt ist, ohne Zustimmung des "Großen Bruders" ein Land zu besetzen und eine Öl-Region neu zu ordnen, sicherte sich auch Saddam Hussein vor dem Einmarsch in Kuwait ab.

Zu diesem Zweck traf er sich am 25. Juli 1990 mit der amerikanischen Botschafterin in Bagdad, April Glaspie. Dabei klagte Saddam darüber, von Kuwait in die Enge getrieben worden zu sein. Und zwar zum einen durch Preisdrückerei der Kuwaitis beim Rohöl, wodurch er seine

Kriegsschulden (aus dem Iran-Irak-Krieg) gegenüber dem Land nicht abzahlen könne. Und zum zweiten durch illegale Ölbohrunternehmen an der kuwaitisch-irakischen Grenze.

Dort hatten die Kuwaiter mit Hilfe schräger Bohraktionen irakische Ölfelder angebohrt, wodurch dem Irak Milliardenverluste entstanden.

Was Saddam nicht wußte: Die USA und Kuwait stimmten in der beabsichtigten Schwächung Iraks im wesentlichen überein. Daher versuchte der irakische Herrscher, bei Glaspie die Haltung der USA zu einem Einmarsch in Kuwait zu sondieren. Glaspie spielte die Desinteressierte und vermittelte den Eindruck, daß die USA sich heraushalten würden. Die USA hätten "keine Meinung zu innerarabischen Konflikten, wie Ihre Unstimmigkeiten bezüglich der Grenze mit Kuwait", log die US-Botschafterin.

Dies habe auch Außenminister James Baker betont. Außerdem ließ das US-Außenministerium den Irak wissen, es bestünden "keine besonderen Verteidigungs- oder Sicherheits-Verpflichtungen gegenüber Kuwait".

"Die Vereinigten Staaten mögen nicht beabsichtigt haben, Saddam Grünes Licht zu geben", schrieben die renommierten Politikwissenschaftler John J. Mearsheimer und Stephen M. Walt später, "aber im Endeffekt taten sie genau das." Kaum war Saddam Hussein in Kuwait einmarschiert, saß er in der Klemme. Die USA spielten die Überraschten - und Saddams Einmarsch in Kuwait zum Verteidigungsfall der "Freien Welt" gegenüber einem böartigen Diktator hoch.

Die "offenbar schnelle Einäscherung" von menschlichen Körpern spricht für den Einsatz von Napalm, Phosphor und anderen Brandbomben. Solche Brandwaffen wurden 1980 von der UNO verboten.

Wer Propaganda sät, wird Krieg ernten

Die Greuelthaten, die man Saddam Husseins Soldaten unterstellte, wurden nun von den Vereinigten Staaten und ihrer Kriegskoalition begangen. Möglich wurde das erst durch die totale Entmenschlichung des Gegners, wie in Nijirah al-Sabahs "Zeugenaussage" geschehen. "Nachdem Saddam Hussein im Einklang mit der UN-Resolution 660 einen vollständigen Truppenabzug aus Kuwait angekündigt hatte", wurden beispielsweise Tausende fliehender Zivilisten und Soldaten auf der Straße von Kuwait-Stadt nach Basra bombardiert: "US-Flugzeuge stoppten den Konvoi, indem sie die Fahrzeuge vorne und am Ende zerstörten", heißt es in einem Bericht des früheren US-Justizministers Ramsey Clark.

"Anschließend zerbombten und beschossen sie das Verkehrschaos stundenlang". "Über 60 Meilen waren mehr als 2.000 Fahrzeuge und Zehntausende von verbrannten und verstümmelten Leichen verstreut", so Clark. Im Unterschied zu Nayirahs "Brutkastenmassaker" wurden die Überreste dieses Gemetzels in Film und Bild dokumentiert.

Zwischen den Militärfahrzeugen sah man zahlreiche Busse und Personenkraftwagen. Die "offenbar schnelle Einäscherung" von menschlichen Körpern spreche für den Einsatz von Napalm, Phosphor und anderen Brandbomben, die durch die Genfer Konvention von 1977 verboten seien, so Clark.

Es gebe "deutliche Anzeichen, daß viele der Getöteten palästinensische und kuwaitische Zivilisten waren, die vor den zurückkehrenden kuwaitischen Truppen fliehen wollten." Insgesamt forderte der Golfkrieg Zehntausende von Opfern, die genauen Zahlen sind umstritten.

"Kuwait ist frei. Danke Amerika!", titelte die deutsche Wochenzeitung Die Zeit nach dem "erfolgreichen" Abschluß dieses Golfkrieges 1992. Was eine deutsche Wochenzeitung eben so unter Freiheit versteht. Denn nach dem Krieg wurde aus der absoluten Monarchie Kuwait lediglich eine "konstitutionelle Monarchie" - mit einem Verwandten von "Nayirah" als nach wie vor unantastbarem Herrscher: dem Emir Sheikh Sabah al-Ahmad al-Sabah.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2013 im COMPACT-Spezial Nr. 2 über die US-Begründung für den Irakkrieg im Jahre 2003 (x348/40-42): >>9/11

- Die Mutter aller Lügen

_von Oliver Janich

Mit den Terrorangriffen des 11. September 2001 begründete die Regierung von George W. Bush die Kriege der folgenden Jahre. Dabei springen die Widersprüche und Leerstellen der offiziellen Theorie sofort ins Auge. Wäre der 11. September Thema in der Fernsehserie Columbo, wäre die Folge nach zehn Minuten zu Ende. Jeden Tag bewundern wir im Fernsehen Kommissare, denen kleinste Widersprüche reichen, um den Täter zu überführen.

Weisen jedoch investigative Journalisten und Aktivisten auf Löcher in der offiziellen Theorie zum 11. September hin, werden sie nicht etwa wegen ihres kriminalistischen Spürsinnns gelobt, sondern als Verschwörungstheoretiker verunglimpft. Dabei sind die Löcher so groß, daß eine ganze Galaxie hineinpassen würde. Würde ein Drehbuchautor so eine Story schreiben, würde er umgehend gefeuert.

Die Smoking Gun

Das ultimative Beweismittel, die "Smoking Gun", wie Amerikaner das nennen, sind natürlich die Bilder vom Einsturz von World Trade Center Nr. 7. Von keinem Flugzeug getroffen, sackt der Wolkenkratzer - wie von der Regierungsbehörde NIST nach sieben endlosen Jahren bestätigt - in freier Fallgeschwindigkeit in sein eigenes Fundament. Das ist physikalisch unmöglich. Nach den Newtonschen Gesetzen geht Masse den Weg des geringsten Widerstandes.

Das bedeutet, daß ein Gebäude immer auf die Seite kippt, auf der die Struktur nachgibt. Deshalb sind bei kontrollierten Sprengungen Spezialfirmen nötig, die alle tragenden Teil gleichzeitig entfernen. Selbst das gelingt nicht immer, weil die Sprengladungen wirklich exakt zur selben Zeit hochgehen müssen. Anzunehmen, daß zufällig verteiltes und nach den Bildern kaum vorhandenes Bürofeuer dasselbe Resultat zustande bringen kann, ist absurd. Dasselbe gilt natürlich auch für die Twin Towers, also World Trade Center Nummer eins und Nummer zwei, aber da dort Flugzeuge hineingeflogen sind, können die Behörden zumindest behaupten, daß dies der Grund für den symmetrischen Kollaps war. Das ist auch physikalischer Unsinn, aber zumindest leichter zu verkaufen.

Mittlerweile haben sich fast 2.000 Architekten, Statiker, Ingenieure und Physiker den Architects & Engineers for 911 Truth (aefor911truth.org) angeschlossen, die die oben beschriebene Ansicht vertreten. Und das sind nur diejenigen, die den Mut hatten, ihre Karriere aufs Spiel zu setzen. Schließlich haben sie millionenschwere Auftraggeber, denen das im Zweifel nicht recht ist, weil das Image der beauftragenden Firma darunter leiden könnte.

Luftabwehr? Fehlanzeige!

Aus kriminalistischer Sicht gibt es jedoch hunderte von weiteren Widersprüchen. Am auffälligsten ist zunächst, daß es den angeblichen Attentätern gelungen sein soll, die gesamte Luftwaffe der größten Militärmacht der Welt auszuschalten. Erklärt wird dies mit Inkompetenz. Doch das Abfangen von Flugzeugen, die auch nur leicht vom Kurs abkommen, ist reine Routine. Von September 2000 bis Juni 2001 wurden 67 Flugzeuge von der Flugabwehr NORAD abgefangen (AP, 12.8.2002). Im Jahr 2000 waren es insgesamt 129.

Die Flieger sind normalerweise auf einem 15-Minuten Alarm, was bedeutet, daß sie innerhalb von etwa acht Minuten in der Luft sein können (Calgary Herald vom 13.10.2001). Ab 8:13 Uhr betrachtete die Flugsicherung Flug 11 als entführt (AP 12.8.2002). Um 8:46 Uhr krachte Maschine 11 in den Nordturm. Um 9:38 Uhr soll Flug 77 ins Pentagon gestürzt sein. Insgesamt waren also fast eineinhalb Stunden Zeit, um etwas zu unternehmen. Das ist für die militärische Abwehr eine Ewigkeit.

Nun sind in den Jahren danach etliche sich widersprechende Erklärungen aufgekommen, wieso kein Flugzeug abgefangen wurde. Eine dieser Erklärungen ist, daß niemand damit gerech-

net hätte, daß Terroristen Flugzeuge als Waffen benutzen könnten (Condoleezza Rice laut CBS am 16. Mai 2002). Das ist längst widerlegt, weil die Flugabwehr vor 9/11 etliche solcher Übungen abgehalten hat.

Alleine am 11. September fanden laut Verteidigungsminister Donald Rumsfeld mindestens vier solcher Kriegsspiele statt (C-Span, 11.2.2005) Übungsszenario: Flugzeuge werden entführt und in das World Trade Center und andere Hochhäuser geflogen.

Die Wahrscheinlichkeit, daß dieses Übungsszenario am selben Tag auch Wirklichkeit wird, geht gegen Null. Bei staatsterroristischen Anschlägen sind parallele Manöver hingegen häufig zu beobachten. Auf diese Weise können die Behörden unbehelligt operieren. Kommt aus Versehen eine nicht informierte Polizeibehörde den Geheimdiensten ins Gehege, erklärt man, es sei nur eine Übung.

Im Falle von 9/11 hatte diese Parallelität eine weitere Funktion. Durch die gleichzeitig stattfindenden Manöver konnten die Sicherheitskräfte nicht mehr zwischen echten und falschen Radarsignalen unterscheiden. Normalerweise werden Übungen natürlich streng von der realen Situation getrennt.

In diesem Fall geht aber eindeutig aus den Überwachungsbändern, die vom Magazin *Vanity Fair* auf seiner Website veröffentlicht wurden, hervor, daß die Lotsen nicht mehr wußten, welches gekidnappte Flugzeug echt war und welches nur zu einer Übung gehörte. Verantwortlich für diese Übungen war Colonel Robert Marr. Er hat als diensthabender Kommandant im Zentrum der nördlichen Flugabwehr (NEADS) dafür gesorgt, daß die Abfangjäger zu spät vor Ort waren. Begründet wird dies mit Mißverständnissen und Irrtümern. Alleine die Tatsache, daß dieser Mann nicht auf jeder Titelseite ist und niemals vor irgendeinem Gericht erscheinen mußte, spricht Bände. ...

Rumsfelds Visionen

Doch aus solchen Erklärungsnoten könnten sich die Verantwortlichen notfalls noch herausreden. Aber daß das Loch im Pentagon viel zu klein für eine Boeing war und keinerlei eindeutig identifizierbare Wrackteile zu erkennen waren, kann nicht wegdiskutiert werden. Auch dafür werden die kuriosesten Begründungen geliefert, etwa, daß sich das Flugzeug aufgrund der Geschwindigkeit vaporisiert, also praktisch in Luft aufgelöst hätte. Es bleibt dann aber immer noch die Frage, warum es vom am besten überwachten Gebäude der Welt keine Videoaufnahmen gibt, die eine Boeing zeigen.

Die vom Spiegel am 8. Februar 2002 als Beweis gefeierten Bilder des Einschlags zeigen alles mögliche, nur keine Boeing. Bis heute hält das FBI 84 Videos unter Verschuß, die unmittelbar nach den Anschlägen rund um das Gebäude beschlagnahmt wurden. Eine Klage des Anwalts Scott Hodes - spezialisiert auf das Freiheitsinformationsgesetz (FOIA) - auf Freigabe der Bänder scheiterte. Beim angeblich in Shanksville abgestürzten Flug 93 sind ebenfalls keinerlei Wrackteile - wie sonst üblich - zu sehen.

Weisheiten

"Laßt uns niemals frevelhafte Verschwörungstheorien im Zusammenhang mit den Anschlägen des 11. September tolerieren, boshafte Lügen, die bezwecken, die Schuld von den Terroristen selbst abzulenken."

(G. W. Bush, 10. November 2001) ...

"Ich glaube nicht auch nur eine Minute daran, daß wir alles richtig verstanden haben."

(Lee Hamilton, stellvertretender Leiter der 9/11-Commission des US-Kongresses)

"Tatsächlich hält die offizielle Version einer genauen Überprüfung nicht stand."

(Roland Dumas, französischer Außenminister von 1984 bis 1986 sowie von 1988 bis 1993)

Hauptverdächtig sind diejenigen, die schon vorab über das Ereignis Bescheid wußten.

Für jeden Kriminalkommissar würden diejenigen zum Kreis der Hauptverdächtigen gehören, die schon vorab über das Ereignis Bescheid wußten. Als oberster Hellseher hat sich dabei

ausgerechnet der diensthabende Verteidigungsminister Donald Rumsfeld entpuppt. Der *Fayetteville Observer* schreibt am 16. September 2001, daß Rumsfeld am Morgen des 11. September mit einigen Leuten über Raketenabwehr und Terroranschläge in der Vergangenheit sprach. Rumsfeld sagte zu den Anwesenden: "Lassen Sie mich Ihnen eines sagen.

... Es wird noch ein weiteres Ereignis geben." Dann schreibt die Zeitung: "Zwei Minuten später krachte ein Flugzeug ins World Trade Center und bewies, daß er richtig lag."

Rumsfelds erstaunliche hellseherische Fähigkeiten an diesem Tag sind damit nicht zu Ende. Der britische Telegraph schreibt am 16. Dezember 2001, daß Christopher Cox, der Vorsitzende des Verteidigungskomitees des Repräsentantenhauses, mit Rumsfeld im Ostflügel des Pentagon vor dem Fernseher saß und das Geschehen in New York betrachtete. Cox erinnerte sich daran, daß Rumsfeld zu ihm sagte: "Glauben Sie mir, es ist noch nicht vorbei. Es wird eine weitere Attacke geben, und es könnte uns treffen. "Momente später", schreibt der Telegraph, "schlug das Flugzeug (ins Pentagon) ein."

Schon tags zuvor bewies Rumsfeld ein erstaunliches Gefühl für Timing. Am 10. September erklärte er einem verdutzten Auditorium, daß 2,3 Billionen Dollar im Haushalt des Pentagon unauffindbar seien (CBS, 29.1.2002). Einen Tag später fragte niemand mehr nach dem Verbleib dieser unglaublichen Summe. Laut Pittsburgh Post Gazette vom 20. Dezember 2001 wurden 34 von 65 Angestellten des Resource Office der Armee im Pentagon an diesem Tag getötet. Die meisten der in diesem Büro Umgekommenen seien private Wirtschaftsprüfer, Buchhalter und Budget-Analysten gewesen.

Ebenso frappierend ist, daß sowohl der Krieg gegen Afghanistan als auch der gegen den Irak bereits vor dem 11. September 2001 geplant waren, obwohl diese Kriege ohne diesen Anschlag niemals hätten gerechtfertigt werden können. Die BBC meldete am 18. September 2001, daß die Pläne für eine militärische Aktion in Afghanistan laut dem früheren pakistanischen Außenminister Niaz Naik bereits im Juli 2001 für Oktober vorlagen.

Am 10. September 2001 sollten George Bush die Pläne präsentiert werden (CBS News, 5.8.2002). Bereits am 7. November 2000 meldete die BBC, daß im Rahmen der Aktion "Swift Sword" - der größten Übersee-Übung in der englischen Militärgeschichte - im September 2001 insgesamt 20.000 Soldaten in den Oman verlegt werden würden. Die "Swift Sword-Truppen" wurden später für den Kampf in Afghanistan eingesetzt (Telegraph, 1.10.2001)

Am 18. Januar 2004 erzählt der von Bush zum Rücktritt gedrängte Finanzminister Paul O'Neill in der CBS-Sendung *60 Minutes*, daß die Invasion im Irak bereits Anfang 2001 geplant war, was ein Memo, das im Rahmen des Informationsfreiheitsgesetzes ans Licht kam, bestätigt. In dem Schriftstück vom 31. Januar 2001 wird eine Sitzung für den 1. Februar 2001 anberaumt, die den politisch-militärischen Plan für die "Nach-Saddam-Irak-Krise" zum Inhalt hatte.

Während es für die Täterschaft von Osama bin Laden so wenige Beweise gibt, daß selbst das FBI ihn dafür nicht auf die Fahndungsliste setzte, schmelzen alle vermeintlichen Beweise für die offizielle Geschichte nach und nach dahin wie Eis in der Sahara nach 1.000 Jahren globaler Erwärmung. Der einzige indirekte Zeuge dafür, daß auf den Flügen überhaupt Entführer mit Teppichmessern waren, ist mit Ted Olson ausgerechnet der Anwalt, der George W. Bush im Fall gegen Al Gore um die falsch ausgezählten Stimmen im 2000er Präsidentschaftswahlkampf vertreten hat und der von Juni 2001 bis Juli 2004 Generalstaatsanwalt unter Bush war. Ein Drehbuchautor, der den Anwalt von Bush als Zeugen präsentiert hätte, wäre damit noch nicht mal an der Sekretärin eines Produzenten vorbeigekommen.

Ted Olson will mit seiner Frau Barbara in einem der entführten Flugzeuge telefoniert haben. Unglücklicherweise für den Herrn Staatsanwalt kam im Prozeß United States gegen Zacarias Moussaoui - einem angeblichen 9/11-Mittäter, dem nur nachgewiesen werden konnte, daß er die anderen Beschuldigten kannte - heraus, daß es nur einen Anruf von Barbara Olsen gab.

Der war "unconnected" (nicht verbunden) und dauerte exakt 0 Sekunden. Wie sagte Inspektor Columbo immer so schön? "Das muß ich unbedingt meiner Frau erzählen!" Die war in der Serie exakt so oft zu sehen, wie der Welt definitive Beweise für die offizielle 9/11-Story präsentiert wurden: Nie.<<

Hermann Hitthaler berichtete auf seiner Webseite "www.gottliebtuns.com" über die "Neue Weltordnung" (x938/...): >>Auf dem Weg zur Weltherrschaft

Vereinte Nationen - UNO

Dunkle Mächte beherrschen die Welt.

Die neuen Organisationen, die die Round-Table-Groups weitgehend ersetzen, verfolgten einen doppelten Zweck. Sie dienten als Brains Trust oder Denk-Tanks, die dem Hauptzweck der Förderung des Eine-Welt-Ideals diene. Da sie direkte Verbindungen zu den obersten Befehlsebenen des Großgeschäfts, einschließlich Banken, mit Regierungen und politischen Parteien und Universitäten unterhielten, dienten diese Körperschaften auch als inoffizielle Arbeitsämter, deren Aufgabe darin bestand, angemessen indoktrinierte Rhodes-Schüler in Positionen zu schleusen, wo man von ihnen erwarten konnte, daß sie ihren ganzen Einfluß ausüben würden, um die gemeinsame Vision eines Eine-Welt-Himmels auf Erden verwirklichen zu helfen. ...

Wen dieser Bereich interessiert, kann hier viele Informationen finden und Hintergründe erfahren, ohne Gewähr: Round Table, CFR ...

Während des Zweiten Weltkrieges Planung der Aufrichtung der VEREINTEN NATIONEN - UNO

1. Das CFR, mit der Ausarbeitung für Nachkriegspläne beauftragt, entwirft die Statuten der VEREINTEN NATIONEN

Dies ist die Gruppe, die die Vereinten Nationen ersann - der erste große, erfolgreiche Schritt auf dem Weg zu einem Welt-Superstaat. Mindestens 47 CFR-Mitglieder waren unter den amerikanischen Delegierten bei der Gründung der Vereinten Nationen in San Franzisko im Jahre 1945. Es waren neben anderen:

Harold Stassen, John J. McCloy, Owen Lattimore (der vom senatsinternen Sicherheitsausschuß ein "bewußtes Bindeglied der sowjetischen Verschwörung" genannt wurde), Alger Hiss

(kommunistischer Spion), Philipp Jessup, Harry Dexter White (kommunistischer Agent), Nelson Rockefeller, John Foster Dulles, John Carter Vincent und Dean Acheson.

Um sicher zu sein, daß die kommunistischen Parteimitglieder die Wichtigkeit der Etablierung der UN verstanden, gab das offizielle theoretische Parteijournal Political Affairs in seiner April-Ausgabe 1945 folgende Anordnung:



"Allgemeine Unterstützung und großer Enthusiasmus sollten hervorgerufen werden, gut organisiert und leidenschaftlich artikuliert. Doch dies genügt nicht. Die Opposition muß so hilflos gemacht werden, daß sie unfähig ist, irgendeine bedeutende Unterstützung im Senat gegen die Charta der Vereinten Nationen und die nachfolgenden Verträge zu finden."

Es ist erstaunlich, daß sich die Parteien noch niemals die Frage stellten, weshalb sie eine Organisation unterstützen müssen, die von den ihnen verhaßten Persönlichkeiten der Wall Street beherrscht wird. Die meinungsbildenden Vertreter der Massenmedien haben sich geradezu selbst übertroffen, indem sie die UN als Friedensorganisation anstatt als Fassade der internationalen Bankiers darstellen.

Die Mitglieder des CFR beherrschten nicht nur die Einrichtung der UN, sie standen auch dem amerikanischen Präsidenten bei den Konferenzen in Teheran, Potsdam und Jalta zur Seite, wo Millionen von Menschen den Händen Joseph Stalins ausgeliefert wurden - eine gewaltige Ausdehnung der kommunistischen Verschwörung. Verwaltungsassistent von F. D. Roosevelt war zu dieser Zeit ein Schlüsselmitglied des CFR namens Lauchlin Currie, der später von J. Edgar Hoover als Sowjetagent identifiziert wurde.

So vollendet hat das CFR das Außenministerium in den vergangenen 38 Jahren beherrscht, daß außer Cordell Hull, James Byrnes und William Rogers alle Staatssekretäre CFR-Mitglieder waren. Rogers war kein Mitglied, doch Mr. Nixons Hauptberater in auswärtigen Angelegenheiten, Prof. Henry Kissinger, wechselte aus dem Stab des CFR zu diesem Posten über. Auch die Untersekretäre des Außenministeriums sind fast durchweg Mitglieder.

2. Eindeutiges Ziel des CFR ist und bleibt Errichtung einer Weltregierung, einer "internationalen Ordnung"

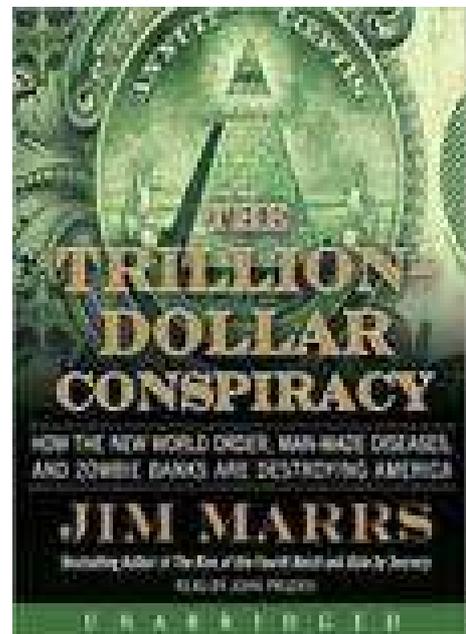
Auch heute arbeitet das CFR aktiv auf sein Hauptziel hin, die Regierung über die ganze Welt - einer Regierung, die von den Insidern und deren Verbündeten kontrolliert werden soll. Das Ziel des CFR ist also schlichtweg die Abschaffung der Vereinigten Staaten mit ihrer konstitutionell garantierten Freiheit. Und es wird noch nicht einmal versucht, dies zu verbergen: Study Nr. 7, vom CFR am 25. November 1959 veröffentlicht, rät offen zur "Bildung einer neuen internationalen Ordnung, (welche) dem Verlangen der Welt nach Frieden (und) nach sozialer und wirtschaftlicher Veränderung entsprechen muß. ... eine internationale Ordnung (das Codewort für Weltregierung) ... inklusiv der Staaten, die sich selbst als Sozialisten (Kommunisten) bezeichnen."

Diese Motivation wird für die verständlich, die die Mitgliederliste des CFR studiert haben. Internationale Bankorganisationen, die gegenwärtig Mitglieder des CFR stellen, sind u.a.: Kuhn-Loeb & Co.; Lazard Freres (direkt verbunden mit Rothschild); Dillon Read; Lehman Bros.; Goldman, Sachs; Chase Manhattan Bank; Morgan Guaranty Bank; Brown Bros. Harriman First National City Bank; Chemical Bank and Trust und Manufacturers Hanover Trust Bank.

Führende Männer von folgenden großen Gesellschaften sind Mitglieder des CFR: Standard Oil, IBM, Xerox, Eastman Kodak, Pan American, Firestone, US Steel, General Electric und American Telephone and Telegraph Company.

Ebenfalls Mitglieder der CFR sind Männer von so offensichtlich linksgerichteten Organisationen wie der Fabian Socialist Americans for Democratic Action (FS), die Socialist League for Industrial Democracy - früher Intercollegiate Socialist Society - und die United World Federalists, die offen zu einer Weltregierung mit den Kommunisten raten.

So ergebene sozialistische Arbeiterführer wie vormals Walter Reuther, David Dubinsky und Jay Lovestone waren ebenfalls Mitglieder des CFR. Man hält diese Männer und Organisationen doch für eingefleischte Gegner der oben aufgeführten Banken und Gesellschaften, den-



noch gehören sie demselben Lager an. Es liegt auf der Hand, warum diese Tatsache nicht publik gemacht wird.

Das CFR ist völlig verknüpft mit den großen Stiftungen und den sogenannten "Denkfabriken". Mit eingeschlossen in diese Verknüpfung sind die Rockefeller-, Ford- und Carnegie-Stiftungen und die Rand-Corporation, Hudson Institut, Fund - for - the - Republic und Brookings Institute.

Unter den Kommunikationsgesellschaften, die im CFR vertreten sind, finden wir: National Broadcasting Corporation, Columbia Broadcasting Corporation, Time, Life, Fortune, Look, Newsweek, New York Times, Washington Post, Los Angeles Times, New York Post, Denver Post, Louisville Courier Journal, Minneapolis Tribune, die Knight-Zeitungen, McGraw-Hill, Simon & Schuster, Random House, Little Brown & Co., McMillan Co., Viking Press, Saturday Review, Business Week, Harper Bros, und den Club "Das Buch des Monats".

Wenn die Kontrolle einer Organisation über ein solches Aufgebot von Firmen unmöglich erscheint, so nur deshalb, weil die meisten Leute nicht wissen, daß die Gründer solcher Giganten wie der New York Times und NBC (Nationale Rundfunkgesellschaft) von Morgan, Schiff und deren Verbündeten ausgewählt, finanziert und dirigiert wurden. David Ochs von der Times und David Sarnoff von der RCA (Radiogesellschaft von Amerika) sind Beispiele hierfür. Beide erhielten frühe finanzielle Hilfe durch Kuhn-Loeb & Co. und eine Morgan-Bürgschaft.

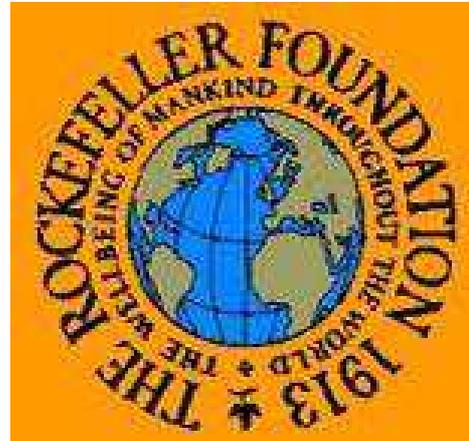
Alle diese Firmen und Gesellschaften haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Öffentlichkeit das CFR nicht entdeckt und seine Rolle bei der Erschaffung einer sozialistischen Welt-diktatur nicht ausfindig macht. ...

Stiglitz und der Herdentrieb

Der Nobelpreisträger und Informationsökonom Joseph E. Stiglitz läßt keinen Zweifel daran, daß eine kritische Presse dem Herdentrieb entgegenwirken könnte, der Spekulationsblasen entstehen läßt. Der Journalismus könnte für die nötigen "checks and balances" sorgen und "zur Gesundung von Märkten beitragen, die den Bezug zur Realität verloren" haben. Andererseits macht Stiglitz klar, weshalb solch ein Anspruch vielfach Wunschdenken bleibt: Journalisten "stehen nicht abseits vom Rest der Gesellschaft". Auch sie werden leicht von der Herdenmentalität erfaßt - es gebe starke Anreize, weshalb sie sich meist nicht "gegen den herrschenden Wind" stemmen könnten.

Auch Stiglitz sieht "in der symbiotischen Beziehung" zwischen Journalisten und ihren Quellen eine große Gefahr. Dieses enge Verhältnis füge der Gesellschaft oftmals Schaden zu. Zudem verleite "Hybris Journalisten zur Fehleinschätzung, sie könnten als Empfänger von Informationen verzerrte und fehlerhafte Darstellungen aussortieren, solange sie nur die Information selbst bekommen". Allzu oft flüchteten Redaktionen obendrein in "He said, she said-Berichterstattung", ein "einfaches, wenig ausgewogenes Reportieren der verschiedenen Positionen, ohne jedwede Analyse" - als würde "ein farbenblinder Reporter über den Himmel berichten und denen, die ihn für orangefarben erklären, gleiches Gewicht geben wie denen, die ihn für blau halten".

Offenbar ist diese Angst den Job zu verlieren, wenn etwas über die Bilderberger-Gruppe oder das CFR und dessen enge Verbindung zur Federal-Reserve und der US-Regierung, bis hin zur UNO offengelegt werden müßte sehr groß! Von Verschwörung überhaupt keine Rede aber von der Notwendigkeit einer "neuen Weltordnung" bestimmt, um die Massen auf das Komende einzustimmen. Da jene Weltbürger vom Funktionieren der Demokratie überzeugt sind



aber wenig bis nichts über biblische Vorhersagen wissen, unterstützen sie die Idee, die "Frieden und Sicherheit" verkünden wird!

(1. Thessalonicher 5,1-5) *Was nun die Zeiten und die Zeitabschnitte betrifft, Brüder, braucht euch nichts geschrieben zu werden.*

Denn ihr selbst wißt sehr wohl, daß Jehovas Tag genauso kommt wie ein Dieb in der Nacht. Wann immer sie sagen: "Frieden und Sicherheit!", dann wird plötzliche Vernichtung sie überfallen wie die Geburtswehe eine Schwangere; und sie werden keinesfalls entrinnen.

Ihr aber, Brüder, ihr seid nicht in Finsternis, so daß jener Tag euch so überfalle, wie er Diebe (überfallen) würde, denn ihr alle seid Söhne des Lichts und Söhne des Tages. Wir gehören weder zur Nacht noch zur Finsternis.

Es ist an jedem von uns, die Zeichen die Jesus für das herannahende Ende vorgab zu erkennen und selbst sich vor Gott rein zu erhalten! Mit dem Friedensjahr der UNO 1986 und den Friedensgebeten der Religionsführer in Assisi, dann Ende August 2001 mit dem Friedentreffen der religiösen Führer in New York vor der UNO im WORLD PEACE SUMMIT wurden erste Ankündigungen kommenden "Friedens und Sicherheit" ausgerufen!

(Daniel 2, 41-43) *Und daß du die Füße und die Zehen teils aus geformtem Töpferton und teils aus Eisen bestehend sahst: Das Königreich selbst wird sich als geteilt erweisen, aber etwas von der Härte des Eisens wird offenbar in ihm sein, da du ja das Eisen mit feuchtem Ton vermischt erblickt hast.*

Und was die Fußzehen betrifft, die teils aus Eisen und teils aus geformtem Ton waren: Das Königreich wird sich teils als stark erweisen und wird sich teils als zerbrechlich erweisen.

Daß du Eisen mit feuchtem Ton vermischt erblickt hast: Sie werden schließlich mit der Nachkommenschaft der Menschen vermischt sein; aber sie werden sicherlich nicht aneinanderhaften, dieses an jenem, so wie sich Eisen nicht mit geformtem Ton vermischt.

Anglo-Amerika, als die "Füße aus Eisen mit feuchtem Ton vermischt", wird trotz seiner scheinbaren Härte nicht zu bestehen vermögen. Die Demokratie erweist sich als schwach und die eisenharte Regierung wird das Aufbegehren der Völker nicht zu kontrollieren vermögen! Was aber schlußendlich den Zusammenbruch dieser Weltregierung bewirken wird ist das Einschreiten von Gottes eigenem Engelheer in Harmagedon. Dort wird jede Autorität und jede Machtstruktur dieses Systems zum Ende kommen! Das "Königreich der Himmel", das danach über die Erde zu herrschen beginnt ist eine vollkommene Theokratie und wird wahren Frieden und wirkliche Sicherheit für das ganze Millennium sicherstellen!

4. Die Idee von Colonel House: Zwei politische Parteien aber nur eine Ideologie die auf oberster Ebene verschmelzen

Colonel House war - es wurde schon erwähnt - der Auffassung, daß es zwei politische Parteien, aber nur eine Ideologie geben sollte - den Weltsozialismus. Genauso verhält es sich heute in Amerika. Obwohl es philosophische Differenzen zwischen den bodenständigen Demokraten und Republikanern gibt, wird man bei Betrachtung der politischen Parteien feststellen, daß diese Differenzen sich nach oben hin immer mehr verlieren. Schließlich verschwinden die Unterschiede ganz hinter der vom Establishment gemanagten Pressezensur. An der Spitze steht die Kontrolle des CFR.

George Wallace hatte recht, als er im Jahre 1968 behauptete, es gäbe zwischen den beiden Parteien nicht den geringsten Unterschied.

Folgende Mitglieder der Demokratischen Partei waren oder sind CFR-Agenten: Dean Acheson, Alger Hiss, Adlai Stevenson, John Kennedy, Robert Kennedy, Edward Kennedy, Averell Harriman, George Ball, Henry Fowler, Dean Rusk, Adam Yarmolinsky, Hubert Humphrey und John Lindsa.

Von den internationalen Bankiers wurden viele, die in der L. B. Johnson-Verwaltung tätig waren, für ihre Dienstleistungen mit bequemen und lukrativen Posten belohnt. Unterstaatsse-

ekretär George Ball kam zu Lehmann Brothers; Finanzsekretär Henry Fowler zu Goldman, Sachs & Co.; der Budget-Direktor Peter Lewis, Finanzuntersekretär Frederick Deming und der ehemalige Handelssekretär C. R. Smith wurden von Lazard Freres (Rothschild) aufgenommen. Fowler und Deming waren in hohem Maße für die Politik verantwortlich, die dazu führte, daß die Nationen Europas die Hälfte unseres Goldes beanspruchten und die US-Staatskasse all ihrer Silber-Reserven beraubt wurde, die sie während eines Jahrhunderts angelegt hatte. Wurden diese Männer aus Mitleid wegen ihrer Unfähigkeit oder zum Dank für ihre Verdienste belohnt?

Die Republikanische Partei wurde von folgenden Männern für das CFR kontrolliert: Dwight D. Eisenhower, John Foster Dulles, Thomas E. Dewey, Jacob Javits, Robert McNamara, Henry Cabot Lodge, Paul Hoffman, John Gardner, dem Rockefeller-Clan, Elliott Richardson, Arthur Burns, Henry Kissinger und Richard Nixon.

Es wurde zwar jede Verwaltung seit F. D. Roosevelt vom CFR beherrscht, die Nixon-Regierung hält jedoch durch die Berufung von 110 CFR-Mitgliedern in Schlüsselpositionen der Regierung den Rekord. Henry Kissinger repräsentiert das vollkommene Gegenteil von dem, wofür Richard Nixon in seiner Wahlkampagne einzutreten versprach. Liberale und Konservative sind sich einig, daß Kissinger bei weitem der bedeutendste Mann in der Nixon-Regierung ist. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2013 im COMPACT-Spezial Nr. 3 (x349/27-29): >>Schöne neue Welt

_ von Jürgen Elsässer

Die Achtundsechziger haben den übersteigerten Individualismus zum Leitbild der Gesellschaft gemacht. Die Familie, aber auch andere Formen des sozialen Miteinanders bleiben auf der Strecke. Der Mensch wurde dadurch nicht freier, sondern einsamer.

Im Fernsehen, im Kino, in den Zeitungen wird seit einigen Jahren im fröhlichen Gleichklang dieselbe Melodie intoniert: Individualismus ist die höchste Tugend, und jede Form von Kollektivität steht unter Faschismusverdacht.

Familie gilt als die Brutstätte von Neurosen, Psychosen und autoritären Charakteren; Religion und Kirche sind Synonyme für Mittelalter und Fundamentalismus; Vereine haben meist einen Stammtisch und sind auch sonst mega-out; Gewerkschaften wollen alle in Tarifverträge zwingen.

Der wirklich freie Mensch, so die Botschaft, ist hip, wechselt ständig sein Aktiendepot, seinen Lebensabschnittspartner und seine sexuelle Orientierung.

High sein, frei sein

Diese Einstellung entwickelte sich erst in der Folge von 1968, mit der Entstehung einer Neuen Linken. Von dem, was man vorher als links bezeichnet hatte, egal ob Sozialdemokraten oder Kommunisten, grenzten sich die revoluzzenden Bürgersöhnchen ab, bei ihnen jagte eine verrückte Mode die nächste: In den siebziger Jahren wollten die Maoisten die Sowjetunion und die Feministinnen die Männer bekämpfen.

In den achtziger Jahren kamen die Grünen von der Öko-Diät auf die Öko-Diäten, und in besetzten Häusern nisteten sich Frascati-Spießer ein, dagegen machten pädophile Indianerkommunen sowie die Punks samt ihrer Straßenköter mobil. In den neunziger Jahren gab's statt der Invasion von der Vega die Invasion der Veganer, aus irgendeinem Paralleluniversum flogen die Transsexuellen ein, die Poplinken legten mit abgedrehten Disko-Diskursen los. Die einen fragten "Wie oft hast du Gender pro Woche?", die anderen hielten Heterosex ("Penetration") per se für Vergewaltigung. Im neulinken Feuchtbioptop gediehen alle Perversionen.

Während die "alte" Linke das Los der "Arbeiterklasse" verbessern wollte (ein guter Vorsatz, dessen praktische Ergebnisse hier nicht weiter bewertet werden sollen), kaprizierten sich die Achtundsechziger auf alle möglichen Randgruppen. Sie propagierten nicht die ökonomische,

sondern die kulturelle Revolution - zur Freude der Konsumindustrie, die sich neue Absatzmärkte erschloß.

"Hier eine Kurzübersicht von Dingen, die in den letzten fünfzig Jahren als subversiv galten: Rauchen, lange Haare bei Männern, kurze Haare bei Frauen, Bärte, Miniröcke, Bikinis, Hero-in, Jazz, Rock, Punk, Minderheiten-Kult.

Die Vordenker der Neuen Linken kommen mehrheitlich aus der Schule der neuen französischen Philosophen: Guy Debord, Felix Guattari, Jean-Francois, Gilles Deleuze, Jacques Der-rida und vor allem Michel Foucault.

Über die Prinzipien - besser: die Prinzipienlosigkeit - seines "vagabundierenden Denkens" schreibt Letzterer schwurbelig: "Gib dem Vorzug, was positiv ist und multipel, der Differenz vor der Uniformität, den Strömen vor den Einheiten, den mobilen Anordnungen vor den Systemen! Glaube daran, daß das Produktive nicht seßhaft ist, sondern nomadisch!"

Das Loblied auf die Differenz führte die Achtundsechziger konsequent zu einer Ablehnung der "uniformierten" Bevölkerungsmehrheit.

Statt dessen sollte die Gesellschaft mit einem Patchwork der Minderheiten - so ein früher Bestseller von Lyotard - umgestaltet werden. "Was sich abzeichnet ist eine (noch zu definierende) Gruppe von heterogenen Räumen, ein großes patchwork aus lauter minoritären Singularitäten ... Diese Bewegung der Zersplitterung betrifft nicht nur die Nationen, sondern auch die Gesellschaften; wichtige neue Gruppierungen treten auf, die in den offiziellen Registern bisher nicht geführt wurden: Frauen, Homosexuelle, Geschiedene, Prostituierte, Enteignete, Gastarbeiter. ...

"Lyotards Aufreihung zeigt, daß die Ablehnung der Mehrheitsgesellschaft ("Zentrum") und die Feindschaft gegenüber der Nation dieselbe Wurzel haben: die Orientierung auf Minderheiten sowie die positive Hervorhebung der Differenz und des "Nomadischen".

Die sexuelle Revolution war keine Befreiung, sie war die Hölle.

Reggae, Rap, Tätowierungen, Achselhaare, Graffiti, Surfen, Motorroller, Piercing, schmale Schlipse, keinen BH tragen, Homosexualität, Marihuana, zerrissene Klamotten, Haargel, Irokesenschnitt, Afrolook, Verhütungsmittel, Postmodernismus, karierte Hosen, Biogemüse, Schnürstiefel, gemischt-rassiger Sex. Heute kann man das alles (vielleicht mit Ausnahme von Achselhaaren und Biogemüse) in einem typischen Britney-Spears-Video finden," karikieren die kanadischen Soziologen Joseph Heath und Andrew Potter den Kostümwechsel der Radikalinskis in ihrem Buch Konsumrebell. Der Mythos der Gegenkultur (Berlin, 2005).

Nicht vergessen sollte man außerdem den Siegeszug von Marihuana und LSD als den psychedelischen Katalysatoren der angeblichen Befreiung.

Süffisant kommentieren Heath und Potter: "Nur wer schon völlig zugedröhnt ist, kann ernsthaft der Meinung sein, Marihuana befreie das Bewußtsein. Sonst müßte er wissen, daß Kiffer die größten Langweiler sind."

Die Libido-Hölle

Im Zentrum des Freiheitsbegriffs der Achtundsechziger steht die Befreiung der Libido. Der Lustgewinn war kurz, der Katzenjammer lang. "Die sexuelle Revolution hat ... letztlich alle traditionellen gesellschaftlichen Normen zerstört, von denen die Geschlechterverhältnisse beherrscht wurden; sie hat sie aber nicht durch neue ersetzt. Sie hinterließ ein Vakuum.

Unsere eigene Generation, die Ende der siebziger Jahre erwachsen wurde, war deshalb gezwungen, ihren eigenen Weg durch die vertrackten Probleme der Adoleszenz zu finden. Das war keine Befreiung, es war die Hölle," schreiben Heath und Potter. Wie entfesselter Individualismus jede Form von kollektiver Geborgenheit vernichtet und die Gesellschaft in Elementarteilchen auflöst, berichtet auch der französische Bestsellerautor Michel Houellebecq in seinem gleichnamigen Roman.

"Viele Jahre später sollte Bruno feststellen, daß die Welt der Kleinbürger, die Welt der Ange-

stellten und mittleren Beamten toleranter, liebenswürdiger und aufgeschlossener ist als die Welt der Aussteiger, der am Rande der Gesellschaft lebenden jungen Leute, die damals durch die Hippies verkörpert wurden. "Ich kann mich als ehrbarer Angestellter verkleiden und von ihnen akzeptiert werden", sagte Bruno gern. "Dafür brauche ich nur einen Anzug, eine Krawatte und ein Oberhemd zu kaufen - das ganze für 800 Francs im Schlußverkauf bei C&A. ... Dagegen würde es mir nichts nützen, mich als Aussteiger zu verkleiden: dafür bin ich weder jung, noch schön, noch cool genug".

Parolen wie "Wir wollen alles, und zwar sofort" oder "Es ist verboten zu verbieten" klangen 1968 anarchistisch. Die Jugend wollte sich nicht mehr vorschreiben lassen, wie lang die Haare zu sein haben, wann der richtige Zeitpunkt für das Erste Mal gekommen ist und welche Schallplatten man hören darf. Der von Eltern und Großeltern gepredigte Verzicht war out - für Kirche, Kapital und Vaterland wollten die Teenager auf gar nichts mehr verzichten, und dafür hatten sie durchaus auch gute Argumente.

Doch wie immer machte auch in diesem Fall die Dosis den Unterschied zwischen Medizin und Gift. Die immer weitergehende Entfesselung der Triebe zerfraß auch jene Formen von Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe, die die Grundlage jeder solidarischen Gesellschaft bilden. Houellebecq fragt: "Warum hat sich das sozialdemokratische schwedische Modell nie gegenüber dem liberalen Modell durchsetzen können?" Seine Antwort: "Die Lösung der Utopisten - von Platon über Fourier bis hin zu Huxley - besteht darin, die sinnliche Begierde und das Leiden, das damit verbunden ist, zu stillen, indem sie deren unmittelbare Befriedigung organisieren.

Die eros- und werbungsorientierte Gesellschaft, in der wir leben, ist dagegen bestrebt, die sinnliche Begierde in unerhörtem Ausmaß zu fördern ... Für das reibungslose Funktionieren der Gesellschaft, für das Weiterbestehen des Wettbewerbs, ist es erforderlich, daß die sinnliche Begierde zunimmt, sich ausbreitet und das Leben der Menschen verzehrt."

Wer bin ich? Und wenn ja, wie viele?

Am Ende steht nicht nur die Atomisierung der Gesellschaft. Vielmehr streben die Postmodernen auch noch eine Zentrifugierung des Individuums selbst an. Michel Foucault, einer der Vordenker dieses Prozesses, schreibt: "Verlange von der Politik nicht die Wiederherstellung der "Rechte" des Individuums, so wie die Philosophie sie definiert hat! Das Individuum ist das Produkt der Macht. Viel nötiger ist es, zu "ent-individualisieren", und zwar mittels Multiplikation und Verschiebung, mittels diverser Kombinationen.

Die Gruppe darf kein organisches Band sein, das hierarchisierte Individuen vereinigt, sondern soll ein dauernder Generator der Ent-Individualisierung sein." Hier wird keineswegs die Vereinzelung der Menschen zu Konsummonaden ("Individualisierung") kritisiert und dagegen zu kollektiver Gegenwehr in Gruppen aufgerufen. Vielmehr soll die Gruppe als Generator Druck ausüben, damit auch noch das Individuum selbst zerspalten wird und sich - je nach Marktlage - beständig selbst "dekonstruiert", gestern als Familienvater, heute also Sado-Maso-Swinger, morgen als verheirateter Schwuler.

Mit der Vorherrschaft der Egomane und der Zerstörung aller Liebes- und Verwandtschaftsbeziehungen näherten sich, so Houellebecq, die westlichen Gesellschaften der Schönen neuen Welt, die Aldous Huxley in seinem gleichnamigen Roman beschreibt.

"Immer genauere Kontrolle des Zeugungsvorgangs, die eines Tages zur völligen Trennung von Zeugung und Sex und zur künstlichen Fortpflanzung der Menschheit im Labor ... führen wird. Es verschwinden die familiären Beziehungen, die Begriffe Vaterschaft und Abstammung. Und Dank der pharmazeutischen Fortschritte wird es keine Unterschiede zwischen den verschiedenen Lebensaltern mehr geben.

In der Welt, die Huxley beschreibt, übt ein sechzigjähriger Mann die gleichen Tätigkeiten aus wie ein Zwanzigjähriger, hat die gleiche äußere Erscheinung und die gleichen sinnlichen Be-

gierden wie er. Und wenn es dann nicht mehr möglich ist, gegen den Alterungsprozeß zu kämpfen, stirbt man freiwillig durch selbstbestimmte Euthanasie; sehr diskret, sehr schnell, völlig undramatisch." Houellebecq erinnert daran, daß zwei der Ikonen der späten Achtundsechziger, nämlich Gilles Deleuze und Guy Debord, "ohne triftigen Grund Selbstmord begangen haben, ganz einfach, weil sie die Aussicht ihres körperlichen Verfalls nicht ertragen haben".

Ist das die Welt, in der wir leben wollen?

_ Jürgen Elsässer, Chefredakteur von COMPACT-Magazin, hat über dieses Thema ausführlich in seinem Buch "Angriff der Heuschrecken. Zerstörung der Nationen und globaler Krieg" (Köln, 2008, vergriffen) geschrieben.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 27. Januar 2014 (x892/...): >>**Erziehung ist nicht Staatsrecht, sondern Elternrecht**

Kindertagesstätte in den frühen 50er Jahren

Wem gehört das Kind? Nichts beweist so sehr den Ernst der Lage, als der Umstand, daß wir jeden Augenblick genötigt sind, Dinge zu beweisen, die früher zu den Selbstverständlichkeiten gehört haben. Wir sind fast ständig damit beschäftigt, Fundamentsteine herbeizuschleppen und kommen nie zum eigentlichen Bauen. Eine solche Fundamentfrage, die man nur in Zeiten allgemeiner Verwirrung beweisen muß, die aber derartig bedeutungsvoll ist, daß auf ihr das ganze Gebäude der Gesellschaftsordnung ruht, ist die Eigentumsfrage: Wem gehört das Kind?

Zahllose politische und soziale Irrlehren haben ihren Grund darin, daß die Staatsmänner in diesem Punkt unwissender sind als das Zweijährige, das die ersten Worte seines armen Sprachschatzes benützt, um auf die Frage "Wem gehörst du?" mit der Sicherheit der Natur zu erklären: dem Vater und der Mutter!

Ein alter Natur- und Rechtsgrundsatz sagt: Res clamat ad dominum - das Eigentum schreit nach dem Eigentümer. Das Naturrecht macht sich schon in der Stimme des Kindes geltend. Es ist nicht nur Sache der Gewöhnung sondern Naturgesetz, daß die ersten Worte, die das Kind lernt, Papa und Mama sind. Ein Kind, das zuerst Staat, Staat rufen würde, wäre etwas ganz Unheimliches, geradezu Ungeheuerliches.

Das Wort Staat versteht man eigentlich erst mit zwanzig Jahren. Das Naturrecht schreit im Kind zuerst nach dem Vater und der Mutter, weil der Vater und die Mutter nächst Gott es waren und sind, die ihm das gaben, was es ist und hat. Das Kind ist etwas vom Vater und etwas von der Mutter, wie es etwas von Gott ist. Das Kind ist nicht da, weil es der Staat wollte, sondern es ist einzig und allein da, weil Gott wollte, weil der Vater wollte und weil die Mutter wollte. Damit ist die Eigentumsfrage erledigt: das Kind gehört Gott als dem obersten Eigentümer und dem Vater und der Mutter als den gottstellvertretenden Eigentümern.

... Im Jahre 1793 erklärte Danton zum ersten Mal seit Christi Geburt: "Es ist Zeit, das große Prinzip wiederherzustellen, das man nicht mehr zu kennen scheint, daß nämlich die Kinder der Republik gehören, bevor sie den Eltern gehören." Robespierre griff den Gedanken auf, indem er bemerkte: "Das Vaterland allein hat das Recht, seine Kinder zu erziehen. Es kann dieses ihr anvertraute Gut nicht dem Stolz der Familien überlassen." Napoleon hat dann das Evangelium von Danton und Robespierre, d.h. das Evangelium barbarischer Tyrannei zur Grundlage der liberalen Schulpolitik des 19. Jahrhunderts gemacht.

Prälat Robert Mäder (1875 - 1945): Der hl. Josef und Herodes, Schildwache 1928, in: Schule und Erziehung, Stuttgart 1991, S. 11 ff.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 17. Februar 2014 (x892/...): >>**Unterrichtsziel: Zerstörung der Familie**

Seit einigen Jahrzehnten haben die revolutionären Gesellschaftsveränderer erkannt, daß der herkömmliche Klassenkampf inzwischen ungeeignet ist, um eine revolutionäre Umgestaltung

der Gesellschaft zu erreichen. Deshalb haben sie sich auf die Väter des Kommunismus, wie Marx und Engels, und der französischen Revolution besonnen und konzentrieren sich jetzt auf die Zerstörung der überlieferten Familie. Vorne weg kämpft die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) für die Durchsetzung der Gender Mainstreaming Ideologie in den Köpfen kleiner Kinder. Bereits 2012 veröffentlichte der Baden-Württembergische Landesverband der GEW hierzu Anregungen für die Unterrichtspraxis die einfach unglaublich sind.

Zunächst wird suggeriert, daß 10 Prozent der Bevölkerung homosexuell bzw. bi- und transgener veranlagt ist und deshalb dieser Personengruppe unbedingt Sonderrechte einzuräumen sind. Gesicherte wissenschaftliche Studien gehen davon aus, daß die Zahl derartiger Personen bei unter zwei Prozent liegt. Dieser Personenkreis wird von den Linken dazu mißbraucht, ihre revolutionären Ziele durchzusetzen und zwar durch den Angriff auf die Familie, die als "Hort der Reaktion und des Konservatismus" gilt.

In allen Unterrichtsfächern von der Grundschule bis in die höheren Klassen des Gymnasiums sollen daher "alternative Lebensmodelle" und die Gender Mainstreaming Ideologie unterrichtet werden; selbst die Mathematik bleibt davon nicht verschont. Einen idealen Hebel zur Politisierung der gesamten Lebenswelt - ein Ziel der Linken seit der 1968er Bewegung - haben sie mit der Gender Ideologie gefunden. Diese greift in die intimsten und privatesten Bereiche der menschlichen Persönlichkeit ein und macht alles öffentlich. Die Kinder berichten in der Klasse über die Lebensverhältnisse ihrer Eltern und Geschwister.

Hier ein Beispiel für einen "Unterrichtsbaustein":

"Baustein II: Sich einfühlen

Ziel: Die Schüler/innen setzen sich mit der sexuellen Orientierung und dem Coming Out auseinander und nehmen Stellung).

Ablauf:

- Einzelarbeit: Die Mädchen schreiben einen Antwortbrief auf den Hilferuf einer guten Freundin, der gerade klar geworden ist, daß sie lesbisch ist (erste Phase des Coming Out). Entsprechend beantworten die Jungen den Brief eines Freundes.
- Gruppenarbeit: Die Schüler/innen tauschen sich in Gruppen über ihre Briefe aus.
- (Alternative: Die Lehrkraft sammelt die Briefe ein, die in diesem Falle anonym gehalten sein sollten. Damit bekommt sie einen Überblick über Einstellungen zum Thema.)

Baustein III: Dokumentarfilme zum Coming out

Als Impuls werden Videos über Jugendliche im Coming Out gezeigt. (Videos werden von der Gayunion e.V., einem Verein für Homosexuelle, empfohlen). Die Schülerinnen und Schüler nehmen Stellung zu den Fragen:

- Was denkst du über schwule Jungen oder lesbische Mädchen?
- Was sagen deine Freundinnen und Freunde über Lesben und Schwule?"

In den weiteren Bausteinen geht es dann darum, diese Einstellungen der Kinder zu verändern und dem Gender Mainstreaming anzupassen. Dadurch werden die Kinder zunehmend verunsichert und ihren Eltern und Familien entfremdet. So atomisierte Individuen sind dann für alle Ideologien zugänglich.

Daß staatliche Institutionen und Regierungen derartige Bestrebungen offen unterstützen und besorgte Eltern als "homophob" denunzieren, wie jetzt in Baden-Württemberg, macht deutlich, daß immer größere Teile des Staates nicht mehr Willens sind, unsere Kinder vor Ideologen zu schützen. In Frankreich, wo dieselben Bestrebungen durch die sozialistisch-kommunistische Koalition noch weiter fortgeschritten sind, sind daher Millionen von Eltern zum Schutz ihrer Kinder und Familien auf die Straße gegangen und kämpfen bis heute gegen die sozialistische Umerziehung durch die Regierung.<<